

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Gedanken und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wöchentlich zweimal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig, Reklamierzeile 4.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' das selbstdruckte Wort 20 Pfennig.

Kleinanzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 28. Mai 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Bericht über die Zolldemagogie.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag durch deutschnationalen Umfall angenommen. - Kampfrede Hilferdings gegen die Demagogie des Brotwuchers.

Im Reichstag wurde gestern in später Abendstunde der Handelsvertrag mit Spanien in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Wieder ein jammervoller Zusammenbruch deutschnationaler Demagogie - das war das Kennzeichen der gestrigen Reichstagsitzung, die nach der Behandlung wichtiger Steuerfragen die Entscheidung über den deutsch-spanischen Handelsvertrag brachte.

So laut das Gerede der Deutschnationalen gegen den deutsch-spanischen Handelsvertrag war, so jammervoll brach es gestern zusammen.

Die Erklärung, die die Regierungsparteien zusammen mit dem Zentrum zur Begründung ihrer zwiespältigen Haltung abgaben - ein kleiner Teil stimmte gegen, ein großer für den Handelsvertrag - war innerlich widerspruchsvoll.

Die Aussprache wurde am Abend durch eine Rede Hilferdings eingeleitet, die durch ihre sachliche Tiefe und die Ueberlegenheit der Beweisführung zu einem großen parlamentarischen Ereignis wurde.

Hilferding entwarf, oft ins Einzelne gehend, ohne auch nur einen Augenblick die gespannte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses zu verlieren, ein Bild der gesamten Weltwirtschaft.

etwas ganz anderes, unvergleichlich Verhängnisvolleres bedeuten muß als der Bülow-Tarif von 1902.

War die Rede in ihrem ersten ausführlichen Teil eine wirtschaftswissenschaftliche Vorlesung großen Stiles, so gestaltete sie sich in ihrem kurzen, zweiten Teil zu einer schonungslosen politischen Abrechnung mit den politischen Gegnern.

Der parlamentarische Kampf gegen den Zollwucher ist mit dieser Rede in glänzender Weise eröffnet.

Um 7 Uhr abends wandte sich der Reichstag der zweiten Beratung des

Deutsch-spanischen Handelsvertrages

zu. Präsident Lohde schlägt vor, heute auch noch die dritte Beratung des Vertrages vorzunehmen, die allerdings noch 3 Stunden in Anspruch nehmen dürfte.

Das Haus stimmt dem Vorschlage zu. Abg. Dr. Lejeune-Jung (Dnat.) berichtet über die Verhandlungen des Ausschusses. Abg. Dr. Scholl (D. Sp.) gibt namens der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der die hinter der Regierung stehenden Parteien den Vertrag scharf kritisieren und ihre Zustimmung zum Abkommen nur nach Ueberwindung schwerster Bedenken geben.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Ich möchte zunächst vorausschicken, daß es doch dem Parlament nicht gleichgültig sein kann, daß dieser spanische Handelsvertrag, den wir heute beraten, der seit dem 1. August des Vorjahres in Kraft ist, im Grunde genommen während der ganzen Zeit seines Bestehens der gesetzlichen Grundlage entbehrt hat.

Meine Herren, der spanische Handelsvertrag ist das erste große handelspolitische Abkommen, das dem Parlament vorliegt, seitdem Deutschland wieder seine handelspolitische Bewegungsfreiheit erlangt hat.

die handelspolitische Situation Deutschlands?

Wir haben durch den Versailler Vertrag sehr empfindliche Verluste an unserer Rohstoffbasis erlitten. Wir haben im Westen unsere Eisengrundlage zum größten Teil eingebüßt. Wir haben im Osten unsere Zinkvorkommen verloren.

Arbeit auf der anderen Seite macht es unbedingt notwendig, eine Handelspolitik zu treiben, die sich nicht in den Dienst der Erhöhung der Grundrente und der Erhöhung der Kartellrente der Schwerindustrie stellt, sondern die wesentlich auf die

Förderung unserer Fertigwarenindustrie

gerichtet ist. Wir können die 66 Millionen Deutsche nicht ernähren, wenn wir nicht eine Handelspolitik treiben, die durch die industrielle Beschäftigung die Auswanderung aus Deutschland oder die erhöhte Sterblichkeit unnötig macht.

Infolgedessen ist es unser Grundzweck, eine Wirtschaftspolitik zu verlangen, die gerade die Interessen der Fertigwarenindustrien und damit der qualifizierten Arbeitskraft in Deutschland in erster Linie wahrnimmt. (Bravo! links.) Es wird darauf hingewiesen werden: gewiß, das wäre ein Ziel, aber dem steht doch der Protektionismus der anderen Länder gegenüber; wir stoßen bei dieser Politik auf die Schranken, die die anderen Länder aufgerichtet haben.

Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet

zusammenschließt. Wenn es aber so ist, dann sage ich: welcher andere Staat als Deutschland, das trotz alledem immer noch eine der stärksten Wirtschaftsmächte der Erde ist, ist imstande, diese notwendige Offenheit gegen die Schutzollmauern der anderen zu führen? Wir könnten das, wenn unsere Handelspolitik von Anfang an so geleitet worden wäre, um eben zu sagen: wir sind bereit, unsere Schutzollmauern abzubauen; aber Vorteil wird es sein, wenn ihr unserem Beispiel folgt. Es gibt einen Staat, der bis heute, wenn auch nicht vollständig, so doch zum größten Teil dem freien Handel treu geblieben ist: England. Aber die englische Situation ist nicht mehr dieselbe wie vor dem Kriege - England hat seit dem Friedensschluß, seit 1922, eine schwere, furchtbare Arbeitslosigkeit; es kann die Krise nur sehr langsam überwinden.

den englischen Schutzollnern die besten Argumente liefert.

Aber nicht nur die englische Situation ist handelspolitisch von außerordentlichem Interesse, sondern auch die französische. Frankreich war vor dem Kriege bis zu einem gewissen Grade das Land der Autarkie. Die französische Situation ist heute namentlich durch den Zuwachs von Elsass-Lothringen anders geworden. Frankreich ist heute ein Land, das am Export von Eisen, aber nicht bloß am Export von Rohstoffen, sondern auch am Export von Eisenwaren immer mehr interessiert wird.

die Entscheidung über die deutsche Handelspolitik ist von europäischer, ist von weltwirtschaftlicher Bedeutung.

und deswegen sind die Entscheidungen, die hier in nächster Zeit fallen werden, viel wichtiger als die Entscheidung auch von 1902. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Betrachten wir nun in diesem Zusammenhange den spanischen Handelsvertrag. Dieser ist im Sommer 1924 verhandelt worden. Deutschland war damals in einer schwierigen Situation. Es ist begreiflich, daß damals vielleicht nicht alles das herausgeholt worden ist, was man wünschte.

wir haben die Valulaausschlüsse weg bekommen.

Wir haben uns ziemlich stark der Eindämmung der Reistbegünstigung durch Spanien genähert, wir haben unserem Maschinenbau, unserer Eisenindustrie einen Absatzmarkt, wenn nicht erschaffen, so doch wenigstens den Abfah auf diesem Markt wesentlich

lich erleichtert. Wir haben allerdings auf der anderen Seite gewisse Interessen, die vertreten sein wollten, nicht mit voller Kraft vertreten können, wie das bei jedem Vertrag der Fall ist. Aber man soll doch auch hier nicht so maßlos übertreiben. Die Abjektivität im Weinbau, sofern sie besteht, ist vor allem eine Krise unserer Kaufkraft (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.), die ganz außerordentlich geschwächt ist, die natürlich, vor allem auf den Absatz solcher Luxusartikelprodukte wie es gerade die billigeren deutschen Weine sind, einwirken muß. Hier muß geholfen werden, es kann aber nicht auf handelspolitischem Weg geholfen werden, jedenfalls nicht so, daß dadurch die Interessen breiter Massen der Arbeiterschaft, die Interessen unserer wichtigsten weiterverarbeitenden Industrie preisgegeben werden. Wir sind deshalb durchaus einverstanden, wenn entsprechende Maßnahmen auf dem Gebiete der Steuerfindung, der Kreditgewährung vorgeschlagen werden. Wogegen wir uns aber mit aller Kraft wehren müssen, ist, daß nun ein solches Einzelinteresse, ein solches partikuläres Interesse glaubt, sich

über das Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft

stellen zu dürfen. Ich finde es unerhört, in welcher Weise diese Agitation getrieben worden ist, nicht von den Winzern (sechshunderttausend bei den Sozialdemokraten), sondern von diesen bezahlten Angestellten der Winzervereine. Wir kommen überhaupt in der deutschen Politik immer tiefer herunter, wenn es bezahlten Leuten erlaubt sein soll, ohne irgendeine Rücksicht auf ihre eigene Überzeugung, ohne irgendeine Rücksicht auf die Wahrheit nun einmal das zu vertreten, was sie glauben bezogen zu sein. Ich meine, gerade Sie (nach rechts) sollten die allerersten sein, die dem zustimmen, weil sie sonst zu einer Verneinung dieser ganzen Wirtschaftssituation kommen werden, die Ihnen vielleicht einmal teurer zu stehen kommen wird als anderes.

Gegen diesen spanischen Handelsvertrag waren nun im Ausschuss sehr starke politische Kräfte vorhanden. Die Deutschenationale haben ihn schließlich einstimmig abgelehnt, auch die Industrievertreter der Deutschenationale, mit derselben Geschlossenheit, die die deutschnationale Fraktion bis zur dritten Lesung der Dames-Gesetze aufzuweisen pflegt. Was ich heute hier aber hervorheben möchte, ist das, daß es genau die gleichen Kräfte sind, die in der deutschnationalen Partei gegen den spanischen Vertrag mitsprachen waren, die heute für eine grundlegende Änderung unserer gesamten Handelspolitik eintreten. Beweis dafür ist

der neue Zolltarif.

der als Grundlage der ganzen künftigen Handelspolitik dienen soll. Er ist ja sehr sorgfältig vorbereitet worden. Schon am 2. November 1923, kurz nach seiner Ernennung, hat Graf Kanitz sich an den Deutschen Landwirtschaftsrat gemeldet mit der Bitte, doch einen Ausschuss einzusetzen, der ihm Material zur Vorbereitung des neuen Zolltarifs liefern sollte. Der Ausschuss ist eingesetzt worden. Meine Herren, wir haben uns damals bei der Vorberatung der Regierung Luther einigermaßen gewundert, daß der Herr Wirtschaftsminister Neuhaus aus der Wutze seines selbst herausgeschworenen Ruhmesandes geholt worden ist, um die Wirtschaftspolitik zu leiten. Meine Verwunderung hat sich vollständig verflüchtigt, seitdem ich weiß, daß im Ausschuss des Landwirtschaftsrats der Herr Ministerialdirektor a. D. Neuhaus, wie es im Berichte dieses Landwirtschaftsrats heißt, als ständiger und ob seiner umfassenden Sachkenntnis äußerst gern gesehener Gast an den Beratungen teilgenommen hat. (Hört, hört! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Zurufe rechts.) Was

die Wiedereinführung der Getreidezölle.

die Einführung von Zöllen auf Margarine, Gefrierfleisch, getrocknete Heringe usw. sozial bedeutet, weiß jeder, (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und nur das kann man vielleicht noch hinzufügen. Hier sind diese Dinge, selbst wenn sie zahlenmäßig gleich wären wie im Bülowschen Zolltarif, deswegen etwas ganz anderes, weil heute unsere

Arbeiterschaft Löhne erhält, die zwischen dem physischen und sozialen Existenzminimum schwanken,

und weil infolgedessen jede Belastung der Arbeiterschaft ungeheuer härter trifft, als sie sie im Jahre 1902 getroffen hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Ich brauche bloß diese einzige Zahl zu nennen.

Die Belastung durch die Wiedereinführung der Getreidezölle, bedeutet ja eine Verdoppelung der Lohnsteuer für die arbeitenden Massen, (hört, hört! bei den Soz.)

nur daß selbstverständlich die Belastung mit den Getreidezöllen ungeheuer unsozialer wirkt als die Lohnsteuer, weil sie in feiner Weise nach oben gesteuert ist, sondern bekanntlich nach unten um so stärker wird. Aber wenn ich nicht über die soziale Bedeutung sprechen will, so muß ich doch ein paar Worte über die weltwirtschaftliche und die handelspolitische Bedeutung sprechen.

Wir haben im vorigen Jahre eine Agrarkrise gehabt, die darin bestanden hat, daß die deutschen Getreidepreise im Verhältnis zu den Industriepreisen stark zurückgeblieben sind. Die deutschen Preise waren damals auch niedriger als die Weltmarktpreise. Damals hat die Regierung einen Entwurf eingebracht und Zölle vorgeschlagen, weil die deutschen Preise niedriger sind als der Weltmarktpreis. Das war wirtschaftlich ein Unsinn, und ich glaube auch nicht, daß die Regierung an die Wirkung geglaubt hat. Aber es war ein

Verlangen der Agrarier.

weil sie gehofft haben, während der Zeit der Krise leichter zu ihren Zöllen zu kommen. Aber seitdem ist ja die Preisentwicklung nicht stillgeblieben, und wir können heute zweierlei konstatieren. Erstens, daß heute die Preise der agrarischen Produkte insgesamt auf mindestens auf demselben Niveau stehen wie die Preise der Industrieprodukte. Zweitens können wir konstatieren, daß heute die

Preise der wichtigsten Agrarprodukte um etwa 30 bis 40 Proz. höher sind als die Preise der Agrarprodukte 1913 plus Zoll.

Das heißt also, der Ausgleich, den Sie damals wünschten, ist ohne Einführung von Zöllen erfolgt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber das Entscheidende, meine Herren, worauf Sie sich ja auch immer berufen, ist, daß man nicht einen augenblicklichen Preisstand anführen kann, sondern daß es notwendig ist, die Preisentwicklung zu betrachten.

Aber wie steht denn die Situation weltwirtschaftlich für die deutsche Agrarpolitik? Wenn die Situation so wäre, daß die deutsche Landwirtschaft durch Zölle erhalten werden müßte, wenn dadurch auch den Konsumenten ein gewisses Opfer zugemutet werden würde, so würde auch für uns die Frage entstehen, ob wir nicht unter Umständen ein vorübergehendes Opfer der Konsumenten auf uns nehmen müßten, um diesen so wichtigen Produktionszweig zu erhalten. Heute aber ist weltwirtschaftlich die

Exportmöglichkeit des russischen Reichs in Wegfall gekommen, auf absehbare Zeit ist mit russischem Export nicht zu rechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der russische Großgrundbesitz ist weg. Die russische Roggenausfuhr und Weizenausfuhr war schon vor dem Kriege zum großen Teil eine Hungerausfuhr, die von den Bauern durch den ungeheuren Steuerdruck des Zornismus erzwungen worden ist. Das ist heute nicht mehr möglich, und ich sage Ihnen: je mehr sich die russische Landwirtschaft bessert, desto weniger kommt Export aus Russland in Frage. Dasselbe gilt mit gewissen Veränderungen für Südosteuropa, gilt für Rumänien. Also der größte Teil des europäischen Exportüberschusses, der vor dem Kriege überhaupt als Konkurrenz für den deutschen Ackerbau in Betracht gekommen ist, ist vollständig verschwunden.

Meine Herren, Sie erleben ja jetzt die für Sie sicherlich sehr betrübliche Erscheinung, daß die Wissenschaftler, die für Sie die großen Autoritäten zur Zeit der Einführung und der Erhöhung

der Getreidezölle gewesen sind, daß ein Mann wie Sering heute erklärt: Getreidezölle sind unnütz, Getreidezölle sind ein Schaden, und daß Sering dabei von den Führern der Betriebswirtschaft, der Landwirtschaft, von M. Kereboc unterstützt wird. Warum? Weil Sering diese Veränderung der weltwirtschaftlichen Situation ganz klar erkannt hat. (Zuruf rechts: Er ist ein falscher Prophet!) — Er ist kein Prophet, nein, er prophezeit gar nichts, was erst eintreten wird; er ist ein Gelehrter, der konstatiert, was bereits eingetreten ist. Wie ist es denn? Die große überseeische Konkurrenz, die Europa in die schwerste Agrarkrise gemorren hat, beruht auf zweierlei: auf der kolossal raschen Ermäßigung der Frachten, auf den kolossal raschen Fortschritt des Landes durch den Eisenbahnbau und drittens darauf, daß immer mehr jungfräulicher Boden in die Bebauung gebracht wurde zu immer mehr sinkenden Produktionskosten. Jetzt ist es umgekehrt. Die Frachten steigen. Es gibt keinen jungfräulichen Boden mehr, und die Kosten der Agrarproduktion wachsen in Uebersee sehr rasch. Dazu kommt noch der Arbeitermangel, teils künstlich durch die amerikanischen Einwandererverbote, teils dadurch hervorgerufen, weil die osteuropäische Revolution das Reservoir für die europäische Auswanderung sehr stark geschloffen hat, und drittens, weil auch diese Arbeiterlöhne in Uebersee namentlich wiederum in den Vereinigten Staaten fortwährend im Steigen sind, so daß die landwirtschaftlichen Produktionskosten insgesamt dort immer wachsen. Es ist einfach unmöglich, daß zu sinkenden Produktionskosten Konkurrenz gemacht wird, sondern heute muß die amerikanische überseeische Zufuhr nur mit steigenden Preisen nach Europa gebracht werden. Ihr ganzer Konkurrenzzeuwand ist infolgedessen vollständig hinfällig. Deswegen sage ich, es handelt sich bei Ihnen bei den Getreidezöllen überhaupt nicht um Handelspolitik und auch nicht darum, ein Instrument der Handelspolitik zu erlangen.

Es handelt sich bei Ihnen, das heißt den Vertretern von 21 Proz. der Grundbesitzer, den Großagrariern um Steigerung der Rente, um Steigerung des Preises des Grund und Bodens.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Politik der Steigerung der Bodenrente wollen wir abwehren. Dabei sind wir ohne weiteres bereit, die landwirtschaftlichen Interessen in jeder Weise zu vertreten. Was ist denn heute

das Kernproblem unserer Landwirtschaft?

Steigerung der Produktion, Steigerung der Intensität. Auch heute schon ist es bei Anwendung der gesamten Wissenschaft und der gesamten Technik, die der Landwirtschaft zur Verfügung stehen, möglich, unsere Erträge pro Hektar beinahe zu verdoppeln. Das ist aber kein handelspolitisches Problem. Die Leute, die das machen, haben ja dieselben Bedingungen wie die anderen, sondern es ist vor allem ein Problem erstens der landwirtschaftlichen Erziehung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Landwirtschaft ist heute die komplizierteste chemische Wissenschaft und sie wird von sehr vielen Leuten ausgeübt, die im Grunde genommen nicht einmal die Qualifikation des gelernten Arbeiters haben. Das gilt weltwirtschaftlich in gesteigertem Maße, es gilt aber leider auch noch in Deutschland. Weiter ist es ein Kreditproblem. Es ist, wenn Sie wollen, sogar in gewissem Sinne ein Steuerproblem. Auf allen diesen Gebieten sind wir bereit, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Wir sind bereit, namentlich auch für die mittleren und kleineren Bauernwirtschaften soweit zu gehen, wie es irgendwo mit weltwirtschaftlichen Interessen zu vereinbaren ist. Aber daß Sie uns einreden, daß diese Agrarzölle ein Mittel der Produktionssteigerung sind, das werden wir Ihnen nie und nimmer glauben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß Sie diese Agrarzölle nicht als ein Mittel der Handelspolitik hineingeschrieben haben, das geht ja ganz klar daraus hervor, daß Sie diese Agrarzölle als Mindestzölle einführen wollen, gegen die überhaupt keine Industriekompensationen möglich sind. Ein paar Worte über die Industriekompensation. Von den 946 Positionen unseres autonomen Zolltarifs sind in der Zwischenzoll 239 ganz und 38 zum Teil erhöht worden. Also ungefähr der vierthe Teil. Fast vier Fünftel aller unterdes erhöhten Positionen sind vom 1. Mai 1922 auf den doppelten Satz des autonomen Tarifs erhöht worden, also um 100 Prozent. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch eine Verordnung vom 29. September 1922 kam eine neue Zollerhöhung für eine ganze Reihe von Waren, insbesondere von Textilien, die bereits in der ersten Erhöhung mitbegriffen waren, um 50 Proz. Ein Jahr darauf neue Erhöhungen. Ich glaube, man kann mit Prof. Horns zu dem Resultat kommen, daß für viele und die wichtigsten Waren unserer Fertigungsindustrie gegenüber sehr nicht den autonomen Zöllen, sondern den wirklich vorhandenen Vertragszöllen eine Erhöhung von 300 Proz. stattgefunden hat (hört, hört! bei den Sozialdemokraten), wobei die Preissteigerung bereits in Rechnung gestellt worden ist. Dadurch ist der deutsche Tarif einer der schutzvollsten geworden. Der neue Tarif bringt gegenüber all diesen Erhöhungen, die ich aufgeführt habe, wiederum neue Erhöhungen und zum Teil sehr bedeutende Erhöhungen. Wir haben 1902 gemeint, einen schutzvolleren Zolltarif oder wenigstens einen sehr starken Schutz Zolltarif mit dem Bülowschen Tarif zu machen. Aber gegenüber dem jetzigen Tarif ist der Bülowsche Tarif beinahe freihändlerisch. Eine ganze Reihe wichtiger Halbfabrikate, die zollfrei waren, wichtige Ausgangsmaterialien für unsere weiterverarbeitende Industrie werden ganz außerordentlich belastet werden. Auf diese Belastung im einzelnen kann ich natürlich hier nicht eingehen. Es ist aber wiederum charakteristisch, welche vollständige

Funktionsänderung in der ganzen Zollpolitik

zu verzeichnen ist. Das Listische System war Erziehungszoll, d. h. Schutz der Produktionskräfte, solange sie sich entwickeln, Schutz der Industrien, die unter einer übermächtigen Konkurrenz aller Industrieländer in neuen Ländern aufkommen. Wenn eine Industrie einmal so erstarbt ist, daß sie den inländischen Markt deckt, daß sie in großem Maße exportiert, braucht sie selbstverständlich gar keinen Schutz Zoll. Jetzt sehen wir, daß die stärksten Zollerhöhungen durchgeführt worden sind von der chemischen Industrie, von der Textilindustrie, von einer ganzen Reihe von Industrien, die kräftig entwickelt sind und auf den Weltmarkt hinausgehen. Warum? Weil die freie Konkurrenz nicht mehr besteht, weil es heute so ist, daß diese Industrien durchartellert sind bis zum letzten, und weil sie infolgedessen das

Monopol auf dem inländischen Markt

haben, das ihnen erlaubt, um den ganzen Betrag des Schutzzolls oder wenigstens eines großen Teil des Schutzzolls den Inlandspreis über den Weltmarktpreis zu erhöhen. Schutz Zoll hat nichts mehr mit Erziehung zu tun, Schutz Zoll hat nichts mehr zu tun mit Entwicklung der Produktionskräfte, sondern die wirtschaftlich entwickeltesten Produktionskräfte sehen einen um so höheren Schutz Zoll durch, je stärker, je mächtiger sie sind und je größeren politischen Einfluss sie haben, und sind dadurch in der Lage, sich unter dem Schutz dieser Zollgehegung eine Kartellrente auf Kosten der breiten Massen der Verbraucher zu sichern, auf Kosten der Massen der Produzenten und der weiterverarbeitenden Industrien. Die deutsche Wirtschaft braucht heute vor allem den Luftzug der freien Konkurrenz. Wir haben ein Ausmaß der Kartellierung in den Fertigungsindustrien, wie wir es in anderen Ländern nicht entern so haben. Dazu kommt diese unfelische deutsche Kartellpolitik, die darauf ausgeht, den Preis des Produktes nach dem am schlechtesten arbeitenden Beitrage zu bestimmen. Das bedeutet eine Hintanhaltung unserer ganzen Technik, eine Behinderung unserer Konkurrenzfähigkeit. Es ist nichts anderes als die Wiederherstellung des alten Zünftertums auf höherer Stufe. Damit dieses Zünftertum, das ein Hemmnis unserer Wirtschaft ist und im Widerspruch mit dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes steht, beseitigt werden kann, deshalb brauchen wir eine Zollpolitik, die auf

langfristige vernünftige Handelsverträge

gerichtet ist, die diese Schutzzollmauern überall beseitigt, nicht aber neue Zölle aufrichtet. Was Sie aber machen, meine Herren, das ist Privilegienzoll. Sie (nach rechts), die während des ganzen Krieges und nachher immer so gegen die Zwangswirtschaft zu Felde gezogen sind, Sie sind die schlimmsten Zwangswirtschaftler. Dieser merkantilistische Geist war es, der in den Verhandlungen über den spanischen Handelsvertrag so erschreckend herorgetreten ist. In der Zeit von 1913 bis zum ersten Halbjahr 1924 haben wir einen Rückgang der Ausfuhr im Monatsdurchschnitt von fast 12 Millionen auf 6,5 Millionen gehabt, also eine Verringerung unserer Einfuhr nach Spanien dem Werte nach, ohne Berücksichtigung der Geldentwertung, fast um die Hälfte. Die Menge der deutschen Ausfuhr ging noch viel stärker zurück, fast um 71 Proz. Die Differenzierung, der wir ausgesetzt waren, hat zur Folge gehabt, daß die französische Ausfuhr in derselben Zeit, wo die deutsche um 71 Proz. abnahm, um 87 Proz. zugenommen hat. Seit Abschluß des spanischen Vertrages hat sich die Einfuhr von Spanien nach Deutschland im ersten Halbjahr 1924 von 32,5 Millionen auf 33,7 Millionen vermehrt. Die Einfuhr aus Spanien nach Deutschland hat also um 2 Proz. zugenommen. Die Ausfuhr Deutschlands nach Spanien hat in derselben Zeit von knapp 40 Millionen auf 50,5 Millionen zugenommen. Während sich also die Einfuhr bloß um 2 Proz. gesteigert hat, hat sich unsere Ausfuhr nach Spanien um etwa 27 Proz. gesteigert. Die deutsche Maschinenausfuhr nach Spanien hat sich allein um 54 Prozent vermehrt. Es ist ganz klar, daß die

Schädigung durch eine Ablehnung dieses Vertrags ein außerordentlich bedeutungsvolles

wäre. Sie wissen, daß im Falle einer Ablehnung der spanische Rawlmsaltarif auf deutsche Waren angewendet werden würde, der das Bier bis Siebenfache z. B. bei Maschinen der jetzigen Zölle beträgt.

Auf der anderen Seite habe ich doch sehr stark den Eindruck, daß die Klagen der Winzer ganz außerordentlich übertrieben sind. Ein großer Teil und der wichtigste Teil der deutschen Weinproduktion, nämlich alle irgendwie Qualitätsweine, werden gar nicht betroffen.

Wir müssen uns jedoch auch fragen, wie

die politischen Folgen

sind. Ich muß offen gestehen, ich hätte es nicht verstanden, daß man zu einer Zeit, wo so außerordentlich wichtige und leider für Deutschland bedrohliche Verhandlungen schweben, einen Zolltarif einbringt, der nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch außenpolitisch außerordentlich unangenehm draußen wirkt. Bevor die Getreidezölle winkten, war der deutschnationale Fraktion es noch unklar, wie sie ihre Geschlossenheit aufrechterhalten sollte. (Heiterkeit links.) Sie sind es damals gewesen, als Wirth und Rathenau die auswärtige Politik des Reichs in der allerhöchsten Zeit zu führen hatten, das abschlechte Wort von der Regierung ohne distanzfähige Unterschrift aufgebracht haben. Wo wäre die Distanzfähigkeit Ihrer Regierung, wenn Sie den spanischen Handelsvertrag ablehnen, wo wäre sie, wenn wir heute, was wir als Opposition tun können, gegen den spanischen Handelsvertrag stimmen würden?

Ich glaube, die verhängnisvollen Folgen für die Außenpolitik waren Ihnen sehr klar. Wenn Sie trotzdem im Ausschuss abgelehnt haben, so deswegen, weil Sie gemeint haben, es werden sich andere finden, die den Vertrag annehmen. Damit kommen wir zu einem grundsätzlichen Problem unserer gesamten parlamentarischen Politik und Regierung. Das gibt es nicht, daß eine starke, die ausschlaggebende Regierungspartei die Vorzelle, die Annehmlichkeiten der Regierung genießt, die Regierungsmacht für sich mit Beisatz belegt und die Verantwortung für all das, was unangenehm werden könnte, der Opposition überläßt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Das machen wir nicht mit, das widerspricht dem ganzen parlamentarischen System.

Im alten Obrigkeitstaat, an den Sie ja noch immer so sehr gewöhnt sind und an den Sie so sehr hängen, war es ja freilich anders. Da hat im wesentlichen die Regierung gehandelt und die Parteien waren in die unwürdige Rolle der Kritiker zurückgedrängt. Heute aber würde es die Verneinung des ganzen Sinnes der parlamentarischen Verantwortung sein, wenn die Opposition Ihnen helfen würde, dasjenige der Regierung zu apportieren, wozu Sie sich zu gut halten. (Sehr gut! links.) Das geht auch deswegen nicht, weil jede Demokratie, jedes parlamentarische System auf das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Staatsbürgers sowohl als namentlich auf das Verantwortungsgefühl jeder politischen Partei gegründet sein muß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Deswegen ist es nicht möglich, daß wir Sie auf der einen Seite regieren lassen und Ihnen auf der anderen Seite erlauben, Ihre Demagogie in den Kreisen zu treiben, wo Sie das für nützlich halten. Das geht nicht, und deswegen haben wir uns schon im Ausschuss bemühen müssen, Sie zu parlamentarischer Auffassung, zu parlamentarischem Verantwortungsgefühl zu erziehen. Die Regierung hat uns in den letzten Tagen darin unterstützt. Soweit ich unterrichtet bin, hat sich ja der Herr Reichsanwalt, der Herr Reichsaussenminister in den Fraktionszimmern einige Nähe gegeben, Ihnen das beizubringen. (Heiterkeit links.) Es ist sogar gesagt worden, der Herr Reichsanwalt, der Herr Reichsaussenminister hätte in der Sitzung der deutschnationalen Fraktion so etwas wie von einer Vertrauensfrage oder einer Kabinettsfrage verlauten lassen. Ich weiß nicht, ob das richtig ist; aber ich möchte doch den Herrn Reichsanwalt fragen, warum auch er eine 50prozentige Methode anwendet. Warum denn werden um das Vertrauensvotum im Umherziehen bei den Parteien in den Fraktionszimmern? (Große Heiterkeit links.) Warum stehen Sie nicht hier auf und erklären, daß es für Sie unmöglich ist, weiter zu regieren, wenn dieser Vertrag nicht angenommen wird? Aber der Herr Reichsanwalt und wir, wir kennen unsere Pappenhelmer.

Wenn wir beim Dames-Gutachten vor der entscheidenden Abstimmung noch Zweifel gehabt haben, diesmal existiert keine Ungeheuerlichkeit. Ich muß sogar der deutschnationalen Fraktion das Kompliment machen, daß ihre pupilläre Sicherheit sozulagen von Abstimmung zu Abstimmung steigt. Beim Dames-Gutachten waren es 50 Proz., heute schätze ich 70, bei der Abstimmung nächstens werden es 98 Prozent sein, 100 minus Steiniger und minus Best. (Stürmische Heiterkeit.) Die Haltung der deutschnationalen Fraktion ist ja diesmal auch sehr viel erklärlicher.

Die Winzerinteressen waren der Vorspann, der die Getreidezölle in die Scheune einbringen sollte!

Aber trotzdem, die Entwicklung ist zu begrüssen. Endlich weiß wieder der Staatsbürger, woran er mit seinen deutschnationalen Abgeordneten ist. Er weiß jetzt, die Deutschnationalen werden in der Politik das Gegenteil von dem tun, was sie bei den Wahlen versprochen haben. Sie haben den spanischen Handelsvertrag zur Beratung gestellt, nachdem die Zollvorlage eingebracht war. Wir wissen ganz genau, daß die

Zollvorlage der Preis für die deutschnationale Abstimmung ist.

Sie verständigten sich aber gerade an den stabilen Verhältnissen der deutschen Landwirtschaft, dadurch, daß Sie jetzt diese Frage der Agrarzölle in den Kampf hineinwerfen. Ich glaube nicht, daß es Ihnen so leicht gelingen wird, das durchzusetzen. Aber nehmen Sie es an, es gelingt Ihnen, glauben Sie dann, daß der Kampf zu Ende ist? Glauben Sie nicht, daß das ein Kampf ist, der sich immer wieder erneuert? Glauben Sie nicht, daß Sie dann selbst daran schuld sein werden, wenn die gestiegenen Bodenpreise die Konkurrenzfähigkeit unserer Landwirtschaft heruntergeht haben? Deswegen sage ich: Ich bin ganz der Auffassung, die Brentano neulich verkündigt hat, die Annahme dieses Tarifs wäre ein Unglück für Deutschland. Der

Kampf beginnt erst und wie dieser Kampf ausgehen wird, das werden wir noch sehen, meine Herren. Bei Philipp II. sehen wir uns wieder! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen bei den Soz.)

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) lehnt für seine Partei den Vertrag ab.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) hält zunächst den Deutschnationalen vor, daß sie im Ausschuss geschlossen gegen den spanischen Handelsvertrag gestimmt haben und sich nun für den Vertrag einsetzen. Das sei einfach die Politik von Umfall zu Umfall. Der Redner bittet, dem Vertrage zuzustimmen und erwartet weitere Handelsverträge.

Reichsaussenminister Stresemann:

Ich glaube mich in Übereinstimmung mit den Dispositionen des Hauses zu befinden, wenn ich vorschlage, daß wir in die allgemeine Debatte über Zollfragen erst bei der Zolltarifnovelle einreten. Zu dem vorliegenden Handelsvertragsentwurf habe ich im Namen der Reichsregierung zu erklären: Von Rednern aller Parteien sind in Form von Erklärungen oder in Reden Wünsche und Kritiken an die Regierung gerichtet worden, die sich einmal auf die Sprache der Winger beziehen und weiter wünschen, etwaige Mängel des gegenwärtigen Vertrags bei künftigen Verhandlungen zu beseitigen. Im Namen der Reichsregierung erkläre ich hierzu, daß die Regierung bereit ist, sobald nach Annahme des Vertrages in neue Verhandlungen mit Spanien einzutreten, besonders auch im Sinne der vom Abg. Scholz verlesenen Erklärung der Regierungsparteien. Die Reichsregierung befragt ferner ihre im Handelsvertragsausschuss abgegebenen Zusage über ihre Mitwirkung an einer Kreditation für die Winger sowie weitere Hilfsmassnahmen und wird diese Zusagen sofort in die Tat umsetzen. (Beifall rechts.)

Debatte und Abstimmung.

Gegen 10 Uhr abends kommt es zwischen dem östlichen Redner, Herrn v. Graefe und den Deutschnationalen zu stürmischem Auseinanderlegen. Herr v. Graefe erklärt mit großem Pathos, daß er die Seele der deutschnationalen Wähler vertritt und für sie Anklage erhebt gegen die Deutschnationalen Partei, die alles, was sie versprochen habe, preisgebe und verrate. Der Redner belegt das dann im einzelnen und treibt die Deutschnationalen geradezu zur Verzweiflung. Der Abg. Bohmann ruft ihm in jommervollem Ton zu: „Ist das die nationale Einheitsfront?“ Alle diese Szenen werden von der Linken mit ironischem Beifall begleitet.

Nach der Rede Graefes wird von den bürgerlichen Parteien mit Ausschluß der Bayern und Demokraten Schluß der Debatte beantragt und gegen die Linke angenommen. Es folgt die Abstimmung der zweiten Lesung. Bei Artikel 1 ergibt die Auszählung

170 Ja,
96 Nein,
98 Enthaltungen.

Die Ja-Stimmen stammen sämtlich von den bürgerlichen Parteien, die 96 Nein-Stimmen von den bürgerlichen Splittlern und den Kommunisten, die 98 Enthaltungen sämtlich von den Sozialdemokraten. Es ist mittlerweile 1/2 11 Uhr geworden. Man tritt in die Beratung des Art. 2 ein. Best (Ztr.) empfiehlt in einem einzigen Satz dessen Annahme, worauf ein Schlußantrag des Zentrums einläuft. Der Demokrat Kroll, der gegen den Vertrag zum Wort gemeldet ist, bleibt sprachlos stehen. Dittmann protestiert namens der Sozialdemokraten gegen dieses Verfahren, das eine Vergewaltigung der Vertreter der Weimarer bedeute. Auch sie hätten das Recht, hier ihre Ansicht zu vertreten. Was man aber gegen sie beabsichtige, sei systematische Rundtortmachung. Darauf wird der Schlußantrag wieder zurückgezogen und Kroll erhält das Wort. Er bekämpft den Vertrag vom Standpunkt der Wingerinteressen aus. Die Deutschnationalen versuchen ihn niederzuschreiben, die Sozialdemokraten nehmen ihn dagegen in Schutz. Gegen 11 Uhr folgt eine kurze Rede des Kommunisten Höllein, während welcher sich die sozialdemokratische Fraktion zu einer kurzen Beratung zurückzieht. Sie beschließt, auch in der dritten Lesung, wie in der zweiten, Enthaltung zu üben. Inzwischen hat aber Herr Höllein noch kürzer geredet, als er versprochen hatte, nämlich weniger als 10 Minuten. Die bürgerlichen Parteien benutzen die Abwesenheit der Sozialdemokraten, um zunächst auch den Art. 2 in einfacher Abstimmung anzunehmen und dann in dritter Lesung das ganze Gesetz für angenommen zu erklären.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag ist damit vom Reichstag ratifiziert. Die wirtschaftlichen Interessen, die bei seiner Ablehnung gefährdet gewesen wären, sind gewahrt. Die Sozialdemokratie hat dadurch, daß sie sich der Stimme enthielt, die Deutschnationalen zur Demaskierung gezwungen. Klar ist, daß wohl der deutsch-spanische Handelsvertrag eine Mehrheit hatte, daß aber diese Mehrheit der Regierung Luther geschick hat, denn gegen die 170 Ja der bürgerlichen Parteien stehen die 96 Nein der Kommunisten und der bürgerlichen Splittler, sowie die 98 Enthaltungen der Sozialdemokraten, im ganzen 194 Stimmen. Der deutsch-spanische Vertrag ist angenommen, die Regierung, die seine Annahme oder Ablehnung als Vertrauensfrage betrachtete, ist aber mit 24 Stimmen in der Minderheit geblieben. Daß sie deshalb demissionieren wird, ist freilich nicht zu erwarten, aber ihre Stellung ist erheblich geschwächt.

Nach 11 Uhr nachts verläßt sich das Haus auf heute, 11 Uhr vorm. Auf der Tagesordnung steht der Reichsmehretat.

Das Recht der Reichsbeamten.

Sozialdemokratische Entschliebung.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hauptausschuss des Reichstags folgende Entschliebung eingebracht: Die Reichsregierung zu ersuchen:

1. Gelegentlich der Vorlegung eines Gesetzentwurfs über eine allgemeine Amnestie auch einen solchen über die Amnestierung von Disziplinarvergehen der Reichsbeamten einzubringen;

2. keine Disziplinarmassnahmen auf Grund von Petitionen oder Schreiben einzuleiten, die von Reichsbeamten herrühren und durch Mitglieder des Reichstags zur Kenntnis der Reichsbehörden gelangt sind;

3. die von der verfassunggebenden Nationalversammlung verlangten einheitlichen Grundsätze für die Laufbahnen der Beamten aller Reichsverwaltungen dem Reichstag endlich zur Kochprüfung vorzulegen;

4. dafür Sorge zu tragen, daß der Sitz von Reichsbehörden an den betreffenden Gebäuden durch das vorgeschriebene amtliche Reichswappen kenntlich gemacht wird;

5. das Beflaggen der vom Reich zur Verfügung gestellten Dienstwohnungen mit anderen als den verfassungsmäßigen Reichs- und Landesfarben zu verbieten.

Verfassungsfragen.

Ein deutschnationales Eingekändnis und ein Bankrott des Innenministers.

Die Reichsregierung hat des öfteren in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten erklärt, daß es ihr fernliege, Beunruhigung unter das Volk zu bringen. Sie betrachte es als ihre erste Aufgabe, vorhandene Gegensätze zu überbrücken. Zu diesen Beteuerungen steht die Aufforderung des Innenministers Schiele, einen Ausschuss zur Änderung der Verfassung ins Leben zu rufen, im schärfsten Gegensatz. Daß diese Auffassung auch im Reichsministerium selbst vertreten wird, beweisen die Ausführungen des Reichsaussenministers Stresemann bei der Einweihung des Deutschen Hauses in Stuttgart und vor dem Reichsausschuss seiner Partei.

Wie sehr schon die Ankündigung des Innenministers Schiele weite Kreise des Volkes beunruhigt hat, zeigt der Verlauf der Sitzungen im Haushaltsausschuss des Reichstages. Es vergeht kein Tag, an dem nicht die Verfassungsfrage in der erregtesten Weise behandelt wird. Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum stimmen darin überein, daß die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Aufrollung von Verfassungsfragen in diesem Augenblick in der Öffentlichkeit und auch im Auslande die größte Verwirrung anrichten müsse. Daß auch die Deutschnationalen Partei innerlich dieser Ansicht nicht fernsteht, verriet in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses ungewollt der Deutschnationalen Abg. Schlang-Schöningen, der bisher einer der radikalsten Kämpfer im Kampf für die Verfassungsänderung war. Er erklärte, die Rechtsparteien hätten durchaus nicht die Absicht, grundsätzliche Verfassungsänderungen zu beantragen; er sei vollkommen davon überzeugt, daß sich im Augenblick im Volk nur eine schwache Minderheit für grundsätzliche Verfassungsänderungen finden würde. In diesen Worten liegt das klare Eingekändnis, daß sich der deutschnationalen Innenminister und seine Partei durchaus bewußt sind, daß die von ihnen ins Leben gerufene Bewegung durchaus keinen Widerhall bei der überwiegenden Mehrheit des Volkes findet, und daß der Vorschlag des Innenministers lediglich aus naheliegenden demagogischen Gründen gemacht wurde, obwohl es von vornherein keinem Zweifel unterliegen konnte, daß er die tiefste Erregung bei der verfassungstreuen Mehrheit hervorrufen würde.

Genosse Rosenfeld ließ die Reichsregierung und die Rechtsparteien in der gestrigen Haushaltsausschussitzung nicht darüber im unklaren, daß die Sozialdemokratische Partei, wenn die Deutschnationalen den Verfassungskampf provozieren sollten, sich nicht damit begnügen würde, in der Abwehr zu bleiben. In diesem Falle werde die Arbeiterpartei auf dem Posten sein und dasselbe Recht, das die Reaktionen für sich in Anspruch nähmen, auch für die Fortschrittler.

Angesichts dieser Sachlage beschwor der Vertreter des Zentrums noch einmal die Rechtsparteien, der Anregung des Reichsinnenministers keine Folge zu geben. Damit darf es nicht sein Bemenden haben. Man wird klare Antwort von der Reichsregierung darüber fordern müssen, welchen Standpunkt sie nach den gegenseitigen Aeußerungen ihrer Mitglieder Stresemann und Schiele in der Frage der Verfassungsänderung nun eigentlich einnimmt. Ist sie tatsächlich einstimmig der Ansicht, daß der jetzige Zeitpunkt dafür geeignet ist, die Frage einer Abänderung der Weimarer Verfassung aufzurollen? Nach dem gestrigen Eingekändnis des deutschnationalen Schlang-Schöningen schreit diese Frage nach einer Antwort.

Aufhebung der Wucherverfolgung?

Zur bevorstehenden Abänderung des Preistreiberrechts.

Wie wir bereits vor einigen Tagen melden konnten, hat die Reichsregierung dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über die Aufhebung notwirtschaftlicher Verordnungen zugeleitet. Es handelt sich dabei um eine ganze Reihe von Vorschriften, die auf dem Verordnungswege in der Kriegs- und Inflationszeit erlassen wurden und deren Abbau heute teilweise tatsächlich begründet ist. Das Warenangebot ist reichlicher geworden, von einer Notmarktlage kann auf diesen Gebieten nicht mehr die Rede sein und infolgedessen ist grundsätzlich dagegen nichts einzuwenden, wenn diese entbehrlich gewordenen Vorschriften allmählich abgebaut werden.

Der Entwurf schiebt jedoch in einem Punkte weit über das Ziel hinaus. Die Preisprüfungsstellen sollen samt und sonders verschwinden. Dabei wird aber mit gutem Recht anerkannt, daß man heute die Bestimmungen der Preistreiberverordnung über den Wucher und preistreibende Nachschaffen noch nicht entbehren kann. Wenn man sich daran erinnert, wie sehr die Kartellverordnung durch ihre langsame Inangriffnahme gegenüber der Preisüberpannung auf vielen Gebieten versagt hat, wird man feststellen müssen, daß es mindestens ein Gesetz geben muß, das die Verfolgung tatsächlichen Wuchers über das überrückliche Maß hinaus gestattet, wie es im Strafgesetzbuch vorgesehen ist. Wie soll aber eine ordnungsgemäße Wucherverfolgung arbeiten, wenn es überhaupt keine Organe mehr gibt, die in der Lage sind, den angemessenen Preis und damit den Begriff des Wuchers zu ermitteln? Rag selbst zuzugeben sein, daß viele Preisprüfungsstellen in kleineren Orten überflüssig geworden sind, so wird man auf deren Mitarbeit heute sicherlich in den großen Bedarfsgebieten nicht verzichten können, in denen eine plötzliche und sprunghafte Preissteigerung leicht zu schwerer sozialer Beunruhigung führen kann. Das gilt insbesondere für die Großstädte. Aber darüber hinaus ist es zumindest erforderlich, daß bei den Ländern und bei den Provinzialverwaltungen Fachorgane bestehen bleiben, wie wir sie in den sogenannten mittleren Preisprüfungsstellen haben, um die noch vorhandenen Wucherbestimmungen auch wirksam durchzuführen zu können.

Gerade die Absicht der Reichsregierung, Schutzzölle einzuführen, wird vielen spekulativen Elementen ein weites Betätigungsfeld geben. Wenn nun die Regierung selbst es für notwendig hält, die Durchführung der Schutzzölle durch Festsetzung ermäßigter Zollsätze für eine Uebergangszeit dem Verbraucher weniger spürbar zu machen, so wächst der Wucherverfolgung die wichtige Aufgabe zu, zu verhindern, daß durch spekulative Warenkäufe und durch Warenzurückhaltung das Preisniveau schneller steigt als es nach den Absichten der Schutzzöllner selbst erwünscht ist. Ueberdies ist es bekannt, daß es heute noch sehr zahlreiche Fälle gibt, in denen der Konsum durch eine willkürliche Preisfestsetzung, insbesondere bei Leistungen benachteiligt wird, ohne daß er sich ausreichend dagegen wehren kann, wenn die Wucherverfolgung ganz außer Kraft gesetzt werden sollte.

Gegen die Absicht der Reichsregierung, die Preisprüfungsstellen abzuschaffen, ist ein Einspruch um so mehr am Platze, als zu befürchten ist, daß die Interessen die im Reichsrat zu treffenden Entsch-

dungen dahin werden zu beeinflussen suchen, daß die Wucherparagraphen auch noch gestrichen werden. Das wäre aber gleichbedeutend mit einer Auslieferung weiter Konsumentenkäufe an die Willkür der Unternehmer. Da über das Schicksal der Vorlage nur vom Reichsrat und nicht vom Reichstag entschieden wird, ist es erforderlich, daß auch die Aufmerksamkeit des Parlaments auf die Bestrebungen, die hier im Gange sind, gelenkt wird, um einen überstürzten Abbau der Wucherverfolgung zu verhindern.

Gewerkschaften gegen Schutzzölle.

Nachdem die freien Gewerkschaften bereits vor einigen Tagen gegen die Schutzzölpäne der Reichsregierung schärfsten Einspruch erhoben haben, wendet sich jetzt der im Reichstag tagende Gesamtverband des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände mit folgender Entschliebung an die Öffentlichkeit:

Für das überwiegend von der industriellen Produktion lebende deutsche Volk würde die Durchführung einer Schutzzölpolitik, soweit sie Berechtigungszölle überschreitet, eine brutale Einschränkung der Lebensmöglichkeit für Millionen von Menschen bedeuten. Der Ausbau eines neuen Zolltarifs, der über den Charakter von Verhandlungsstarifen und Kompensationszöllen hinausginge, würde die Verdrängung unseres überbevölkerten und deshalb auf die Pflege reger wirtschaftlicher Beziehungen angewiesenen Landes vom Weltmarkt in wichtigen Gebieten zur Folge haben. Ganz besonders wendet sich der Gewerkschaftsring gegen die Zollvorlage für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, deren Kernpunkt die hohen Zollsätze für die vier Hauptgetreidearten sind, die eine schwere dauernde Belastung darstellen und die Lebensinteressen der gesamten deutschen Volkswirtschaft gefährden. Der Gewerkschaftsbund stützt sich in seiner Stellungnahme auf die Gutachten der hervorragendsten wissenschaftlichen Sachkenner der deutschen landwirtschaftlichen Verhältnisse. Schutzzölle für Lebensmittel müssen naturgemäß schwere Bohntämpfe und die Abgeltung der sich besonders für die Arbeitnehmer ergebenden großen Belastung herbeiführen. Im wirtschaftlichen Interesse der Landwirtschaft liegt die bereits jetzt mögliche Verbilligung der Betriebsmittel, der Düngemittel und des Kredits. Der Gewerkschaftsring ist jederzeit bereit, die Landwirtschaft in diesen Forderungen zu unterstützen. Der Gewerkschaftsring betrachtet darum die von der Regierung beabsichtigten Agrarzölle als den Versuch, die schon jetzt schwer um das materielle Dasein ringende Masse des Volkes in einer unerträglichen Weise weiter zu belasten.

Die Förderung privatwirtschaftlicher Interessen einer unverhältnismäßig kleinen Gruppe erscheint hier als Protektionismus, als Verknappung der an sich schon knappen Lebensmöglichkeit von Millionen. Dagegen protestiert der Gewerkschaftsring.

Scheu vor dem Ehrengericht.

Die Deutschnationalen zum Fall Best.

In unserer Wochenschrift über das Ehrengericht in Sachen Best, berichtet die deutschnationalen Pressestelle:

1. An dem Ehrengericht haben nicht zwei deutschnationalen Reichstagsabgeordnete, sondern nur ein Abgeordneter, der Abg. Dr. Steingiger teilgenommen.

2. Herr Dr. Steingiger ist in das Ehrengericht nicht als Vertreter der Partei und Fraktion, sondern ohne deren Bewilligen, Auftrag oder Genehmigung eingetreten.

3. Auch im übrigen hat keinmal die Fühlung des Ehrengerichts mit der Deutschnationalen Partei und Fraktion stattgefunden.

Die Deutschnationalen Partei legt offenbar Wert darauf, ihre eigene Blamage möglichst klar in Erscheinung treten zu lassen. Indem sie noch einmal betont, daß sie mit dem Ehrengericht nichts zu tun hat, gibt sie zu, daß sie sich scheut, den Fall Best auf dem einzig möglichen Wege, nämlich dem des Ehrengerichts zu klären.

Englisch-französische Einigung.

Sicherheitspakt. — Entwaffnungsfrage. — Räumung Kölns

London, 27. Mai. (W.B.) Reuter teilt mit: Es besteht kein Grund für die Annahme, daß hinsichtlich des Sicherheitspaktes oder der Entwaffnungsfrage neue Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich entstanden sind. Das Kabinett hat nunmehr die französische Antwort auf seine Fragen erhalten, und diese müssen geprüft werden, um Frankreich den genauen britischen Standpunkt darzulegen und es geneigt zu machen, ihm zuzustimmen. Im gegenwärtigen Stadium kommt eine formelle Konferenz kaum in Frage. Was die Entwaffnungsfrage betrifft, so haben sich England und Frankreich praktisch auf den Plan geeinigt, der Deutschland überreicht werden soll. Ueber das Mantelschreiben besteht, obwohl es noch nicht fertiggestellt ist, allgemeine Übereinstimmung. Im allgemeinen ist man dahin übereingekommen, daß Deutschland keine Verpflichtungen auf Grund des Dawes-Planes ausgeführt hat, aber es ist noch die formelle Verifizierung von Seiten der Reparationskommission erforderlich, obgleich nicht viel Zweifel darüber besteht, wie die Antwort lauten wird. Wenn Deutschland keine finanziellen Verpflichtungen und auch die Entwaffnung ausgeführt hat, wird Köln geräumt werden.

Zusammentritt der Botschafterkonferenz.

Paris, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Botschafterkonferenz wird voraussichtlich am Freitag oder Sonnabendmorgen um 10 Uhr im französischen Auswärtigen Amt zur Erörterung der Entwaffnung Deutschlands zusammentreten.

Schließung der Wiener Hochschulen.

Wegen der Ausdehnungen der Hafenkrenzler.

Wien, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) An der Universität ist es am Mittwoch wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen Hafenkrenzlern und sozialdemokratischen Studenten gekommen. Der Bundeskanzler hatte am Vormittag die Rektoren der vier Hochschulen zu sich gerufen und ihnen erklärt, er müsse darauf bestehen, daß sie für Ordnung in den Hochschulen sorgen. Die Rektoren versprachen sich zwar zur Aufrechterhaltung der Ordnung, waren aber, wie die kurz darauf erfolgten neuen Schlägereien bewiesen, nicht in der Lage, ihre Versprechen durchzuführen. Darauf wurden mittags die vier Hochschulen geschlossen und damit den Krawallen vorläufig ein Riegel vorgeschoben.

Das Wahlprüfungsgericht ist zu einer Sitzung auf Montag, den 8. Juni, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Prüfung der letzten Wahlen in Ostpreußen und Hessen und der Vorabstimmung in Hannover.

Troch ist zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Volkswirtschaftsrates und zum Vorsitzenden des Hauptkommissionskomitees ernannt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Wie steht's mit dem Verkehrsstreit?

Ob Zufall oder Absicht, sei dahingestellt, Tatsache ist, daß die Lohnabkommen der Hochbahn, der Omnibus- und schließlich auch der Straßenbahngesellschaft ziemlich gleichzeitig ablaufen. Tatsache ist ferner, was in diesem Zusammenhange besonders beachtenswert ist, daß diese drei Gesellschaften, die, von der Reichsbahn abgesehen, die Verkehrsmittel der millionenstädtischen Berliner Bevölkerung monopolartig beherrschen, einen großen Fischzug auf die Taschen der großen Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten planen, in Gestalt eines einheitlichen Mindesttarifpreises von 20 Pfennigen für die kürzeste Fahrtstrecke.

Weil zu diesem profitlichen Plan die Zustimmung der Aufsichtsbehörde nicht ohne weiteres zu erhalten ist, sucht man auf dem Umwege über die Lohnpolitik diese Zustimmung zu erlangen und als Ursache der Fahrpreiserhöhung die Lohn- und Gehaltsforderungen des Verkehrspersonals auszugeben und so das Personal als Preiskoch vorzuschieben, an dem sich der Unmut des Publikums über die Fahrpreiserhöhung ausstoßen soll.

Die letzte Fahrpreiserhöhung der Hochbahn von 10 auf 15 Pfennige für die kürzeste Strecke ist erst am 20. März erfolgt. Nach kaum zehn Wochen soll eine weitere Erhöhung eintreten! Der Appetit kommt beim Essen.

Wenn die Arbeiter und Angestellten der Verkehrsbetriebe noch nicht in den Streik eingetreten sind, so liegt das wirklich nicht an den Direktionen. Bierzehn Tage hat die Hochbahndirektion bzw. der Arbeitgeberverband, hinter den sie sich verschanzt, zu der Mitteilung an die Arbeitnehmer gebraucht, daß sie keine Zeit habe, um über die Neuregelung der Bezüge zu verhandeln und noch nicht wisse, wann sie Zeit dazu haben werde. Und als sie dann endlich nach einer weiteren Woche Zeit dazu gefunden, um über die Forderung einer Lohnzulage von 20 Pfennigen je Stunde zu verhandeln, erklärte sie Arm in Arm mit der Direktion der Omnibusgesellschaft, die Voraussetzungen für eine Lohnerhöhung seien nicht gegeben, da die wirtschaftliche Lage sich seit Januar 1923 nicht derart verschlechtert habe, um eine Lohnerhöhung zu rechtfertigen. Die Veränderung der wirtschaftlichen Lage seit Januar 1923 schien der Hochbahn immerhin groß genug, um ihre Preissteigerung im März zu rechtfertigen. Daß die Hochbahner bei dem zehntägigen Novemberstreik nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, das war bis Mai längst vergessen.

Auch bei den gestrigen Verhandlungen mit der Hochbahn kam es zu keiner Verständigung. Heute früh wird das zwischen den Parteien vereinbarte Schiedsgericht entscheiden.

Die Hochbahn will sich zu einem mageren Zugeständnis bestimmen lassen, um daraufhin ihren Preissteigerungsplan durchzuführen. Gegen eine weitere Preissteigerung muß von vornherein protestiert werden, zumal nach der eigenen Behauptung der Gesellschaft, daß die wirtschaftliche Lage sich nicht einmal seit Januar, geschweige denn seit dem 20. März sich verändert habe, ein solches Verlangen nicht zu rechtfertigen ist.

Mit der Omnibusgesellschaft, die mit ihrer Lohnpolitik offenbar im Fahrwasser der Hochbahngesellschaft segelt, soll heute mittag um 12 Uhr ein letzter Verständigungsversuch gemacht werden. Bisher lehnte sie jeden Verständigungsversuch ab. Dabei besteht bei ihr die längste Arbeitszeit. Zuschläge für Nachtarbeit wurden verweigert.

Die Straßenbahngesellschaft, bei der der Tarifvertrag am Pfingstsonntag abläuft, hat es bisher verstanden, sich noch im Hintergrunde zu halten. Die Spekulation darauf, daß bei einem erzwungenen Streik bei der Hoch-

bahn- und Omnibusgesellschaft die Straßenbahner während der Feiertage den gesamten Verkehr zu bewältigen versuchen und ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Unzuträglichkeiten und Gefahren den Rausreißer machen, dürfte fehlschlagen.

Bei Einräumung des Monopols der Verkehrsmittel an diese drei Gesellschaften mußte von vornherein schon, sowohl im Interesse der Verkehrstauglichkeit wie im Interesse der Verkehrssicherheit dafür gesorgt werden, daß das Personal halbwegs auskömmlich entlohnt wird. Zugegeben, daß die Nachkriegs-, zumal die Inflationszeit, nicht dazu angetan war, den Gesellschaften besondere Aufzinsen in dieser Beziehung zu machen, müßte das Verfügen nachgeholt werden, damit diese nicht eine willkürliche Lohn- und Preispolitik verfolgen und mit dem Publikum samt ihrem Personal Schindluder treiben können.

Wir hoffen, daß der Streit vermieden wird, aber auch — jede Fahrpreiserhöhung.

Zum Achtstundentagabkommen.

Genf, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochvormittagsung der Internationalen Arbeitskonferenz wurde die Debatte über den Achtstundentag fortgesetzt, ohne neue Gesichtspunkte zu bringen. Die Erklärung des französischen Arbeitsministers Durafour verurteilte eine gewisse Enttäuschung, da er jede genauere Angabe über den Zeitpunkt der Ratifikation des Washingtoner Abkommens vermied. Ebenso erklärte der Schweizer Regierungsvertreter Pfister, daß die Schweiz mit Rücksicht auf die allgemeine Lage das Abkommen nicht ratifizieren könne, obwohl die Volksabstimmung vom 17. Februar 1924 sich für den Achtstundentag ausgesprochen hat. Dieser gelte heute in der Schweiz mit Ausnahme der Kleinbetriebe für die gesamte Industrie. Der deutsche Arbeitgebervertreter Vogel und der polnische Arbeitsminister wandten sich gegen den Bericht des Direktors des Arbeitsamtes, der als Folge der Verlängerung der Arbeitszeit eine starke Zunahme der Unglücksfälle feststellte. Vogel bestritt diese Unglücksfälle in den deutschen Bergwerken nicht, erklärte sie aber mit deren schlechten Zustand als Folge der Ruhrbefreiung und der Inflation. Ebenso sei keine Zunahme der Berufskrankheiten infolge verlängerter Arbeitszeit zu verzeichnen. Dagegen sei durch die Verlängerung der Arbeitszeit überall eine Steigerung der Produktion festgestellt.

Der allgemeine Eindruck auf der Konferenz über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens geht dahin, daß sie vorläufig noch nicht erfolgt. Man hofft, durch eine neue Konferenz der Arbeitsminister, die vorbereitet wird, die Möglichkeit für eine allgemeine Ratifizierung zu finden. Deshalb ist von England der inoffizielle Vorschlag, der zurzeit besprochen wird, gemacht worden, das Washingtoner Abkommen so abzuändern, daß es annehmbarer wird. (!) Grundsätzlich soll die Anerkennung des Achtstundentages bestehen bleiben, während es durch besondere Zusatze den Arbeitgebern ermöglicht werden soll, die Arbeitszeit den Bedürfnissen der Betriebe entsprechend auszudehnen. (!) Die Arbeitergruppe lehnt diese neuen Änderungen entschieden ab, doch besteht nach allgemeiner Auffassung wenig Aussicht, bald eine andere Lösung zu finden.

Die Konferenz der Arbeitsminister.

Genf, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die angekündigte Konferenz der Arbeitsminister wird noch vor dem 28. Juni in London stattfinden. Dieser Zeitpunkt wurde bestimmt, da Albert Thomas, der den Vorsitz der Konferenz führen soll, sich danach auf die Dauer von zwei Monaten nach Südamerika begeben wird. Das Arbeitsamt wird als selbständiger Verhandlungspartner an der Konferenz teilnehmen. Zweck der Konferenz ist, einen

bindenden Entschluß darüber zu fassen, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens gemeinsam vor die Parlamente der verschiedenen Länder zu bringen und sie dort vorziehen zu lassen. Entsprechende diplomatische Verhandlungen haben ein günstiges Resultat ergeben und stehen vor dem Abschluß. Die Anregung zur Konferenz ist nicht von Frankreich, sondern von England ausgegangen.

Die Arbeitergruppe der Internationalen Arbeitskonferenz hat dem Japanischen Gewerkschaftsbund zu dem neuen Erdbebenunglück das Beileid ausgesprochen.

Einigung im Versicherungsgewerbe.

Berlin, 27. Mai. (W.Z.) Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen und die am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenorganisationen haben den am 14. Mai von dem Vertreter des Arbeitsministeriums, Referenten Bauer, gemachten Einigungsvorschlag, der eine Erhöhung der Gehälter und Spesen um 8 Proz. mit Wirkung vom 1. Mai vorsieht, angenommen.

Die Maler gegen Verschmelzung.

Ueber die Frage, ob die Maler ihre Organisation dem Bau- und Gewerksbund anschließen wollen, haben die Verbandsmitglieder durch Urabstimmung entschieden. Vielen Mitgliedern scheint diese Frage vollständig gleichgültig zu sein. Denn von den 40 673 Mitgliedern, die der Verband der Maler Ende März zählte, war nur der vierte Teil in den Versammlungen erschienen, in denen die Abstimmung vor sich ging. Nur 10 025 oder 24,6 Proz. der Mitglieder in 142 von 173 Ämtern haben sich an der Abstimmung beteiligt. Gegen die Verschmelzung wurden 7583 Stimmen abgegeben, für die Verschmelzung nur 2142 Stimmen. Verbandsvorstand und Verbandsbeirat waren von vornherein gegen die Verschmelzung.

Der Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder ist eine Berufsorganisation. Mit dem Bau- und Gewerksbund steht ein Teil der Maler zweifellos in naher Verbindung, wogegen ein anderer Teil absolut nichts mit dem Bau- und Gewerksbund zu tun hat. Daran erklärt sich das Ergebnis der Urabstimmung. Die Lackierer vor allem, die rund 15 000 Mitglieder stark sind, würden gleich den übrigen in der Industrie beruflich tätigen Verbandsmitgliedern entweder allein bleiben, oder aber sie würden auf die in ihren Betrieben maßgebenden großen Verbände verteilt werden. Die Berufsorganisation würde zerfallen und die Mitglieder auseinandergerissen werden. Das wollen die Maler nicht.

Die Textilarbeiterausperrung in Oesterreich.

Wien, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Konflikt der österreichischen Textilarbeiter haben am Mittwoch Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer stattgefunden. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Freitag vertagt, nachdem vereinbart worden war, daß in der Zwischenzeit keine neuen Kampfhandlungen vorgenommen, d. h. also weder der Streik noch die Aussperrung ausgedehnt werden dürfen.

Der Streik der Bretterträger und Holzplaharbeter in den Holzhandlungen Groß-Berlins ist durch die abermaligen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Berliner Plaholzhandler beigelegt worden. Nachdem der Vergleichsvorschlag des Schlichters abgelehnt worden war, haben sich die Arbeitgeber dazu herbeigelassen, ein höheres Angebot zu machen. Auf Grund dieser Ergebnisse ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Salzman; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Schöner; Familien: Dr. John Schifsmoell; Entlass- und Konflikts: Fritz Karshadt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin S.W. 61, Eberhardstraße 10. Preis 2 Pfennige. „Unterhaltung und Wissen“ und „Frauenstimme“.

Der Sturz am Wollmarkt

veranlaßt uns, unsere schon als bekannt billigen Verkaufspreise noch um ein Bedeutendes herabzusetzen. Es bietet sich daher für jedermann eine selten günstige Einkaufsgelegenheit in Damen- und Herrenstoffen für Sommer und Winter von den einfachsten bis zu den allerfeinsten Qualitäten.

Wir bitten unsere Schaufensterauslagen zu beachten

Georg Schweitzer ^{G.m.} _{b.H.} Tuchgroßhandlung

Ecke Münzstr. / 20 Kaiser-Wilhelm-Str. 20 / Ecke Münzstr.



Die Salzsteuer ist die häßlichste, den Verstand des Menschen entehrendste und unnatürlichste aller Steuern; man sieht, daß sich im Instinkt eines Schafes oder Ochsen mehr Weisheit kundgibt als in den Anordnungen eines Geschöpfes, das seltenerweise häufig genug sich als Ebenbild des Inbegriffes aller Güte und Vernunft betrachtet.

Mittel zum Körperaufbau.

Der Mensch hat ebenso wie das Tier eine bestimmte Menge Salz in der Nahrung nötig, und zwar nicht nur das an Chlor und Natrium zusammengesetzte Kochsalz, sondern noch andere anorganische Stoffe; so die Kalisalze, die zum Aufbau der Knochen unentbehrlich sind, den Phosphor in seinen Verbindungen, der für die Zellkerne gebraucht wird, den Schwefel, der als Enweißverbindung aufgenommen wird und zum Aufbau des Körperweißes verwendet wird, ferner das Eisen, das einen wichtigen Bestandteil der roten Blutkörperchen bildet.

Der Salzverbrauch des Menschen.

Im Körper wird nun das Kochsalz für verschiedene Funktionen gebraucht. Alle Teile des Körpers enthalten mehr oder weniger von diesem wichtigen Stoff. Besonders gehaltvoll ist das Blut, wo es

etwa den hundertsten Teil der Blutflüssigkeit ausmacht. Dieses Verhältnis bleibt, ohne Rücksicht auf die dem Körper zugeführte Salzmenge, immer das gleiche. Der Arzt nimmt deshalb, wenn er große durch Wunden entstandene Blutverluste ausgleichen will, eine einprozentige Salzlösung, die sogenannte „physiologische Kochsalzlösung“, die entweder durch Infusion direkt in die Adern geleitet oder als Darmlauf beigebracht wird.

Methoden der Salzgewinnung.

Das Kochsalz ist in der Natur außerordentlich verbreitet. Auf drei verschiedene Arten wird das für die Menschheit so unentbehrliche Würzmittel gewonnen. Wir finden es im Meerwasser, in Solquellen, wo es durch Verdunsten und Verbampfen gewonnen, und in riesigen Steinsalzlagern, wo es durch Bergbau zutage gefördert wird.



Die Arbeit im Salzlager unter der Erde.

in denen es sich flücht und durch Verdunstung Wasser verliert. Von hier fließt es in eine weitere Reihe von Verdunstungsbehältern, in denen die größte Menge des im Wasser enthaltenen Gipses und Bittersalzes abscheidet. Die auf diese Art geklärte Salzlösung wird in Kristallisationsbehältern geleitet, in denen die Ausscheidung des Salzes

beginnt. Die Sole der Solquelle enthält nicht immer soviel Kochsalz, daß ihr einfaches Verdampfen lohnend sein würde. Zu diesem Zwecke muß sie erst siedwürdig gemacht werden. Durch sogenannte Gradierwerke wird der Sole Gips als Dornstein entzogen. Ein solches Gradierwerk besteht aus mehreren Stockwerken, die dicht mit Schwarzdornreißern angefüllt sind. Die Sole wird nach oben geleitet und tropft durch die Dornenwände hindurch in die Sammelbehälter. Durch den Wind, der das Gradierwerk durchweht, und die Dornenreißer verliert die Sole einen Teil des Wassers und den bereits erwähnten Dornstein. Zur Gewinnung des Salzes wird die Sole dann an Subhäuser geleitet. Das Gradierwerk in Schönebeck in der Nähe Magdeburgs hat eine Länge von über 2 Kilometer.

Man erkennt auch an diesem Verhältnis, in dem Mensch und Salz zueinander stehen, wie ein ständiges Ineinandergreifen zwischen anorganischer und organischer Natur besteht, wie belebte und unbelebte Welt sich zwangsläufig ergänzen.

Beginn der Reisezeit.

Nach wechelt das Wetter mehrmals am Tage — aber an den Fahrtartenschaltern und in den Reisebureaus geht es schon hoch her. Alles, was irgendwie Berlin während des Pfingstfestes den Rücken kehren will, ist besorgt, zu den Zügen — obgleich für hinreichende Berkehrsmöglichkeiten gesorgt werden soll — nicht rechtzeitig Karten zu erhalten. Das altgewohnte Bild entfleht wieder — lange Reihen nervöser Menschen bilden sich, und wehe dem, der es wagt, sich vorzubringen. Mit Argusaugen bewacht einer den andern. Daß bei dem langen Warten Ohnmachtsanfälle vorkommen, ist eine allbekannte Tatsache — nicht jeder ist der Strapaze sechs- bis achtstündiger Wartezeit gemessen.

Berliner Sonderzüge im Juni.

Im Monat Juni verkehren folgende Sommersonderzüge ab Berlin: Nach München am 13., 20., 27. und 28. Juni. Abfahrt um 3,00 nachm. von Berlin Anb. Bf., Ankunft in München um 5,45 vorm. Es werden Fahrarten 2. und 3. Klasse außer nach München nach Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgaden, Oberstdorf, Füssen und Lindau ausgegeben. Die Fahrarten nach Garmisch-Partenkirchen gelten auch nach Kufstein oder Ischou oder Margau-Stein. Der Fahrpreis 3. Klasse nach München beträgt 44 M., 2. Klasse 66 M. Von München ab sind fahrplanmäßige Züge zu benutzen. Die Ermäßigung von 33% Proz. wird auch für die Anschlussstrecke nach den vorliegenden Stationen gewährt. Nach Insterburg über Königsberg am 27. Juni. Charlottenburg ab 5,34 nachm., Ankunft in Königsberg 8,23 vorm., in Insterburg 10,37 vorm. am nächsten Tage. Fahrarten 2. und 3. Klasse werden ausgegeben nach Marienburg, Elbing, Braunsberg, Königsberg und Insterburg. Die Ermäßigung bei diesem Zuge beträgt 50 Proz. Nach dem Riesengebirge am 13. Juni. Berlin Ostf. Bf. ab 11,25 vorm., Ankunft in Hirschberg 5,00 nachm., in Oberschreiberhau 6,35 nachm., in Krummhübel 5,55, in Schmiedeberg 5,42 nachm. Der Sonderzug fährt nur die 3. Wagenklasse. Nach Swinemünde am 20. Juni. Abfahrt ab Berlin Stett. Bf. um 9,35 vorm., Ankunft in Swinemünde 1,39 nachm., in Carlshagen-Trassenheide 3,56 nachm. Es werden Fahrarten 3. Klasse ausgegeben nach Swinemünde, Heringsdorf, Ahlbeck, Bansin, Uckeritz, Köpplinssee, Roserow, Zinnowitz, Zempin und Carlshagen-Trassenheide.

Schnod. Ein Roman von See und Sümpfen. Von Svend Fleuron. (Aus dem Dänischen von Thyra Jastlein-Döhrenburg.) Nach Verlauf einer kurzen Spanne Zeit hat er denn auch glücklich Platz geschaffen für seine zweite Schere — und nun schneidet und reißt er in den Eingeweiden der armen Leichmuschel, hält mit der einen Zange die permittigglänzenden Schalen so weit auseinander, daß er mit der anderen leckeres Muschelfleisch in seinen Mund schlingen kann. Schließlich sind die Kräfte des armen Schalkeres gänzlich erschöpft, es gibt sich verloren — und nun verschwindet Kneif mit Kopf und Vorderkörper in seinem Bauche. Den ersten Teil der Nacht hält Kneif sich hier drinnen auf und müßt sich, um schließlich aber zu beklagen, daß eine Muschel sich so gar nicht lohne. Dann pflog er einen Augenblick der Ruhe, bis er sich gegen Morgen wieder vertrauensvoll auf Wanderung begab, um einen neuen Streich zu vollführen. Leider war nirgends eine schläfrige, träge Leichmuschel zu entdecken; aber hinter einigen Steinen in einem der tiefen, unterseeligen Bergpässe stand ein einsamer Fisch, der anscheinend außer Kurs geraten war. Der geruhame kleine Kneif hatte noch keine Erfahrung darin, wie ein Krebs Fische zu fangen hatte; mit Schnecken und Muscheln umzugehen war er eher gewöhnt. Er brachte es wohl auch fertig, seine Zange um einen jüngeren Genossen zu spannen und ihn auszulaugen, so daß nur Panzer und Hosen übrigblieben; aber das Finntier, mit Fächern an Rücken, Bauch und Schwanz... das behendeste von allen... wie konnte man das fangen? Voller Lüste schiebt er sich durch einen Spalt auf den Boden der Höhle, hebt sich auf den langen, geschlossenen Zangen hoch empor und lugt mit seinen weitabstehenden, gestielten Augen um sich. Die Fühler hat er zurückgelegt, damit sie ihn nicht verraten, während er seine nächste Umgebung durchforscht. Ohne sich zu rühren, den Kopf gegen den Strom gerichtet, steht Schnod in der Höhle und überläßt es der zwieseligen Schwanzschraube, sie durch schwache Schläge am Blase festzuhalten. Sie ist müde, völlig erschöpft durch ihren langen

Kampf mit dem Berflisch und kann es nicht leugnen, daß sie sich recht krank und elend fühlt; ihr zeretzter Mund verursacht ihr jedesmal, wenn sie den Rachen öffnet und ihn mit frischem Wasser durchspülen läßt, heftige Schmerzen. Sie hat deshalb Schutz in der steinernen Höhle gesucht, um sich zu erholen und wieder zu Kräften zu kommen. Jemand etwas flimmert an ihrer Brust herum und tastet behutsam an ihren Seiten und dem Bauch entlang. Es wird ein biegsamer Pflanzenstengel sein! Jetzt entsteht ein gleichmäßig stärker werdender anhaltender Druck plötzlich an dem dicken Teile ihres Schwanzes. Durch einen Ruck mit dem Körper versucht sie, den vermeintlich herabfallenden Schilfstengel abzuschütteln, aber im selben Augenblick wird aus dem Druck der Biß eines harten, scharfkantigen Reiherschnabels. Sie windet und krümmt sich und schleppt sich durch die Steinhöhle — um nunmehr flossenbeschwingt durch das Wasser von dannen zu jagen. Kneif hängt an ihrem Hinterenden; er hat ihn nur mit der einen Klaue gepackt, aber die andere, mit der er um sich schlägt, hoßt er sich ebenfalls dort festzuhalten. In einem fort schlägt er mit dem Schwanzfächer nach hinten aus... Schnod segt mit ihm in sauselnder Fahrt über Stock und Stein und schwingt ihn aus dem einen Kreislauf in den anderen; durch Rohrdickicht und Pflanzengestrüpp wird er geschleift und tief, tief in den Landwald hineingezerrt. Er aber klammert sich nur fester. Der Fang ist ihm jedoch zu überlegen, wie er feststellt: es wird ihm keine Zeit gelassen, mit der anderen Zange den Fischbauch aufzuschlitzen; es schwindelt ihm förmlich vor Augen: eine so reizende Fahrt vorwärts ist er nämlich nicht gewöhnt! Da langt er mit der freien Zange aus und ergreift eine Wurzel, um zu versuchen, im Handumdrehen seine Beute an den Boden zu fetten. Aber die Geschichte will nicht klappen — der Ruck, der dadurch entsteht, ist so heftig, daß er die eine Klaue einbüßt! Er hat nun keine Chance verloren und gibt das Spiel auf. Schnod, die sich beim Schwimmen erleichtert fühlt und frei in der Bewegung, jagt von dannen wie eine abgepöpelte Lokomotive. Außer des Brennens im Munde spürt sie nun noch Schmerzen im Schwanz. Sie braucht eine geraume Weile, beides zu überwinden. Die Welt war ihr wider den Strich gegangen; wollte sie die Wahrheit gestehen, so fand sie es durchaus nicht ange-

nehm, ein Fisch zu sein — aber auch sie hatte ihr Teil zu lernen. Und aus Schaden wird man klug — sowohl über wie unter Wasser! Den seltsamen kleinen Berflisch bewahrte sie lange in ihrer Erinnerung. Sein steifer Körper, sein ständiges sich um seine eigene Rückenflosse Drehen, ohne daß der Schwanz auch nur einen einzigen Schlag tat, hatte sich für lange Zeiten ihrem Gedächtnis eingepreßt. Und wenn später jener „Vederbissen“ sich zeigte, so verfluchte ihr wunder Rachen den verflissenen Magen jedesmal darüber, daß dergleichen zum Hineinbeißen nicht geschaffen sei. Der Weißfisch des Menschen. Jahre vergingen. — Schnod wuchs heran und wurde ein prächtiger Weißfisch! Ihre lange flache Stirn ließ jetzt direkt in den starken, entenähnlichen Schnabel des Oberliefers aus. Eine Vertiefung in der Mitte verlieh ihm geradezu Kraft, in Walddächeln sich zu wölben, die über den Augen herabhingen. Diese erhielten dadurch ein noch grimmigeres, schielendes Aussehen! Die Baden fliegen zu beiden Seiten des Stirndachs steil empor und umschlossen das Gehirn wie Mauern; es sah aus, als habe sie einen Schlag gegen beide Seiten des Kopfes erhalten! Hinten im Rachen aber schwoh sie hierartig an, hier lagen die Muskelbündel über dem Schädel in großen, dichten Verschlingungen, bis sie unten am Halse Platz für jede Kiemenplatte ließen, die von mächtigem Umfange war wie ein Scheunentor. Und welch ein fürchterlicher Rachen: bis ganz hinauf, unter den Augen hinweg erstreckte sich der Maulspalt! Für gewöhnlich war er nur wenig geöffnet, wurde aber der Rachen aufgerissen, dann war es, als blicke man in eine Riesentonne. Nach vorn im Unterteil sahen die Zähne dicht wie die Nadeln auf einem Kissen; sie waren klein und spitz und nach innen gebogen, so daß sie Widerhaken bildeten. An den Seiten entlang folgten sodann die langen, freilegenden Reißzähne, deren Aufgabe darin bestand, sich in die Beute einzugraben und sie festzuhalten. Sie waren mehr als halbzolllang — rundgeschliffen und mit stumpfer Spitze — und glücken den Zähnen einer Harke. (Fortsetzung folgt.)

Pfingstsonderzüge aus Ostpreußen.

Um der starken Nachfrage zu genügen, ist von Insterburg und Königsberg noch ein dritter Sonderzug zu ermäßigten Preisen nach Berlin vorgesehen. Die ursprünglich geplanten Züge fahren am 28. und 29. Mai von Insterburg ab 6,00 nachm., von Königsberg ab 8,22 nachm. und treffen am folgenden Tage 10,05 vorm. in Charlottenburg ein. Der dritte Zug verläßt Insterburg am 28. Mai um 6,26 nachm., fährt von Königsberg 9,24 nachm. ab und trifft am 29. Mai um 11,03 vorm. in Charlottenburg ein. Der nach Breslau vorgesehene Sonderzug fährt von Königsberg am 29. Mai 4,10 nachm. ab und erreicht Breslau um 6,00 vorm. am folgenden Tage.

Der „Flammensohn Zarathustras“.

Zwanzig Jahre als Heiratschwindler tätig.

„Drei Jahre hatten Sie mich auf verbrecherische Art und Weise gefangen, wie kommen Sie dazu?“ Mit diesen Worten brüllte der Kaufmann und Apotheker Otto Sidum west den Vorhängen der ersten großen Strafammer des Landgerichts III an, als er ihm gestern als Angeklagter vorgeführt wurde. Der Angeklagte glaubte ein Recht dazu zu haben, denn er ist nämlich der „flammengeborene Sohn Zarathustras“. So nennt er sich in allen Eingaben, mit denen er seit Jahr und Tag alle Behörden, vom Reichspräsidenten bis zur Gefängnisverwaltung, überschüttet. In Wirklichkeit handelt es sich um einen gemeingefährlichen Heiratschwindler, der dieses Gewerbe schon seit zwanzig Jahren betreibt und es verstanden hat, Frauen und Mädchen in großer Zahl an sich zu fesseln und sie um ihr Hab und Gut zu bringen.

Er trat immer als Nerven- und Frauenarzt auf und mußte seine Opfer, denen er die Ehe versprach, obwohl er bereits verheiratet ist, zu überreden, ihm ihr ganzes Vermögen zu opfern. In Hamburg bekam er es fertig, eine Pensioninhaberin innerhalb weniger Wochen zu veranlassen, ihre ganze Pension mit sämtlichem Mobiliar veräußern zu lassen und ihm das Geld zu geben. In Bantow hatte er einer Witwe wiederum die Ehe versprochen. Angeblich wollte er eine Apotheke kaufen und erhielt nach der Verlobung von seiner Braut 30 000 Mark für diesen Zweck ausgehändigt. Seine eigene Frau hatte er der Verlobten als seine Schwester vorgestellt, und diese „Schwester“ nahm sogar an der Verlobungsfeier teil. Wegen dieses letzteren Schwindels hatte Sidum west vom Schöffengericht Bantow 1 1/2 Jahre Gefängnis erhalten, und gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden. Vor Eintritt in die Verlobung erklärte die Verlobte, daß der Angeklagte den Sockervorhalt zugebe und nur Berufung eingelegt habe, damit sein Geisteszustand geprüft werde. Der Angeklagte hat dazu allerdings alles getan, denn er hat inzwischen eine Wanderung durch die verschiedensten Gerichte des Reiches angetreten und ist überall wegen Heiratschwindels teilweise bis zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, und es blüht ihm eine Gesamtfreiheit von 10 bis 12 Jahren Zuchthaus. Nach dem Gutachten des Oberarztes Dr. Blume, der ihn in der Irrenanstalt beobachtet hat, ist der Angeklagte erblich degeneriert. Schon in früher Jugend ist er gestraucht und wegen Nihilismus verurteilt worden. Deshalb schickte ihn seine angesehenen Familie nach Amerika. Dort und in Ostasien hat er ein Abenteuerleben geführt. Nach Deutschland zurückgekehrt, legte er sich auf den Heiratschwindel und verfolgte dabei immer dasselbe System. Sobald er verhaftet wurde, zeigte er Symptome von Geisteskrankheit. Er sei der Sohn Zarathustras, und es sei ein Justizverbrechen an ihm begangen, an ihm, der für das Licht und die Wahrheit zu kämpfen, von Gottotter in die Welt geschickt worden sei. In letzter Zeit behauptete er auch, daß man ihn wegen eines Betruges an dem König von Siam verfolgte. Der Sachverständige war aber der Meinung, daß der Angeklagte, der in seinen Eingaben und in seinen Liebesbriefen eine außerordentlich schriftstellerische Gewandtheit zeige, zum größten Teil simulierte. Er sei zwar ein Hypochondriker und ein fleischlich minderwertiger Mensch, aber von geistigen Störungen im Sinne des § 81 könne keine Rede sein. Wenn er in Freiheit sich den Frauen als Arzt näherte, dann sei er sich seiner Handlungsweise vollkommen klar. Zu einem ähnlichen Schluß kam auch Sanitätsrat Dr. Ruhemann. Die Strafammer verwarf nach kurzer Beratung die Berufung des Angeklagten, da er als geistestranke nicht zu betrachten sei.

Millionenbetrugsprozess aus der Konfektionsbranche.

Durch ein mit seltenem Raffinement angelegtes Betrugsmanöver war die Firma Dinermann in der Bischofsstraße um den Betrag von 850 000 M. innerhalb eines Jahres geprellt worden. Diese Betrügereien waren in Szene gesetzt worden durch den bei der Firma seit Jahren beschäftigten Reisenden Bernhard Weißbarth, der ein ganz besonderes Vertrauen seines Chefs genoss. Weißbarth hatte zur Durchführung seiner „Geschäfte“ mit dem Kaufmann Berze Roth eine „Luffirma“ Roth u. Co. gegründet, die keine eigenen Räume besaß, sondern als Deckbild die Lederhandlung des Bruders von Roth angab. Weißbarth brachte die Warenproben seiner Firma zu Roth und dieser machte den Großfirmen der Konfektion mit denselben Verkaufsangeboten. Da die Bedingungen günstige waren, bekam er zahlreiche Aufträge. Der Firma Dinermann gegenüber wurden diese Großfirmen als Abnehmer bezeichnet, während die Abnehmer selbst nur von Roth u. Co. beliefert wurden. Weißbarth steuerte die Fakturen von Dinermann an die Firmen ein und lieferte diesen Fakturen der Firma Roth u. Co. Auf diese Weise mußte Dinermann von der Existenz der Firma Roth u. Co. überhaupt nichts. Der Verkauf erfolgte nur gegen Kasse, während Weißbarth Dinermann vorpiegelte, daß er langfristige Zahlungsbedingungen gewährt habe. Von den bei den Firmen einkassierten Beträgen wurde ein Teil an Dinermann gezahlt. Auch hierbei wurde Dinermann unter Verwendung von lieblich gefälschten Stempeln der Großfirmen in Irrtum gelassen. Da die Waren unter dem Einkaufspreis verkauft wurden, betrug der Umsatz innerhalb eines halben Jahres fast 2 Millionen Mark, wovon nur eine Million an Dinermann gezahlt wurde. Ueber 850 000 M. bestellten die beiden Inhaber von Roth u. Co. für sich. Durch einen Zufall kam die stille Sozietaät von Roth u. Co. bei Dinermann heraus. Den Ermittlungen von Kriminalkommissar Treutin gelang es, das Schwindelgebäude aufzudecken und Weißbarth und Roth hatten sich wegen Betruges und Urkundenfälschung vor dem Großen Schöffengericht Mitte zu verantworten. Der Verhandlung wohnten eine ganze Reihe „Minderberetigter“ bei, nämlich die Rechtsbeistände der sieben Großfirmen aus der Konfektion, die von Roth u. Co. die Waren zu billigen Preisen bezogen hatten, und gegen die ein Ermittlungsverfahren wegen Schlererei möglicherweise eingeleitet werden dürfte. Weißbarth war geständig, während Roth behauptet, daß er gesalbt habe, die Sache sei reell. Trotz einer Befragung durch Weißbarth konnte das Gericht den Rachweis für seine Mitschuld nicht für voll erbracht ansehen und kam zu der Freisprechung von Roth. Weißbarth dagegen erhielt zwei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

50 Prozent Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderer. Der Verkehrs-ausschuss des Reichstages nahm gestern einen Zentrumsantrag an, wonach die Fahrpreise für Jugendwanderer wieder auf den früheren Stand der 50prozentigen Ermäßigung herabgesetzt

werden sollen. Ferner wurde die Regierung um eine Denkschrift ersucht, wie den Auswüchsen und der mißbräuchlichen Ausnutzung dieser Vergünstigungen vorgebeugt werden könnte. Es werden feste Richtlinien für die Gewährung der Vergünstigung gefordert.

Ein beleidigter Bürgerblockführer.

Peinliches aus Köpenick.

Der Kampf, den die Sozialdemokraten in der Bezirksversammlung in Köpenick gegen den Führer der dortigen Bürgerblöcker, einen Buchdruckereibesitzer Stein, zu führen haben, spielte in einem Prozeß gegen unseren Genossen Rohde, Bezirksverordneter in Köpenick, eine hervorragende Rolle. Anlässlich der Beratung von Abbaumassnahmen für die Bezirksamtsmitglieder hatte Genosse Rohde im Oktober v. J. als Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion Herrn Stein gehörig die Wahrheit gesagt. Herr Stein

Während der

Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungskiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit unter 14 Tagen per Kreuzband durch die Hauptexpedition nachsenden. Außer dem Abonnementbetrage ist in diesem Falle das Porto zu zahlen, welches wochentags 6 Pf., Sonntags 10 Pf. (pro Woche 45 Pf.) beträgt. Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ durch Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In letzterem Falle kommen zu dem Abonnementbetrage die Zustellungsgebühren in Höhe von 72 Pf. pro Monat. Sobald die eine oder andere Art der Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu benachrichtigen. Abonnenten, welche den „Vorwärts“ bereits durch die Post beziehen, können denselben jederzeit bei dem Postamt gegen eine Gebühr von 50 Pf. umstellen. Bei Postüberweisungen bitten wir zu beachten, daß die Angabe der neuen Adresse bei der Ausgabestelle oder bei der Hauptexpedition bzw. bei der Post möglichst eine Woche vorher erfolgt, um eine rechtzeitige Zustellung des „Vorwärts“ zu gewährleisten.

„VORWÄRTS“-VERLAG

Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Fernspr. Dönhoff 2506/2507

hatte den Abbau bestimmter Bezirksamtsmitglieder aus Sparparkeitsgründen gefordert, was die Sozialdemokraten veranlaßte, hinter dem Vorgehen des Bürgerblockführers eine politische Aktion gegen unsere Parteigenossen im Bezirksamt zu veranlassen. Genosse Rohde erkannte nicht an, daß lediglich fiskalische Sparparkeitsgründe Herrn Stein zu seinem Vorgehen veranlaßt hatten. Er lagte Herrn Stein weiter, daß er der letzte sei, Sparparkeits im Bezirk zu predigen. Unser Redner konnte nachweisen, daß St. an das Bezirksamt die von ihm zu zahlende Hundesteuer nicht in der Höhe als nötig abgeführt hatte. Genosse Rohde warf Herrn Stein weiterhin vor, falsche Berichte aus der Bezirksversammlung in die von ihm, Stein, verlegte Zeitung gebracht zu haben. Stein hatte sich weiterhin erboten, einem Grünauer Fabrikanten tingierte Rechnungen auszustellen, damit dieser sein Unkostenkonto höher belasten konnte. Das von Herrn Stein angeregte Unkostenkonto in Köpenick hatte Rohde wegen formaler Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Beide Parteien hatten gegen die Gerichtsentcheidung Berufung eingelegt. — Bei der gestrigen Verhandlung vor dem Landgericht II konnte der Vertreter Rohdes, Rechtsanwalt Braubach, umfangreiches Beweismaterial vorlegen. Danach sollte Herr Stein für seine vier Hunde nicht die erhöhte Hundsteuer bezahlt haben, sondern andere Personen veranlaßt haben, die Hunde als ihre eigenen zu verzeichnen. In einer Ausgabe des „Köpenicker Tageblattes“ hatte Herr Stein den Inseratenauftrag zweier großer Geschäftshäuser in Berlin nicht auftragsgemäß gebracht, sondern lediglich zwölf Belegexemplare für die Inserenten hergestellt. Er hatte dadurch in der Ausgabe der betreffenden Nummer des Blattes wesentliche Papierersparnisse machen können. Auch über die falschen Berichte, die Herr Stein über die Bezirksversammlung in seinem Blatt verbreitet hatte, erbot sich Rechtsanwalt B. den Beweis anzutreten. Herr Stein spielte vor Gericht den biederen Stadtater, dem lediglich das Interesse des Bezirks und seiner Wähler am Herzen liegt.

Das Gericht kam zu keiner Entscheidung. Dem Vertreter des Beklagten wurde vielmehr aufgegeben, die Beweise für seine Behauptungen dem Gericht schriftlich einzureichen, was dieser zusagte; der Termin wurde bis dahin vertagt.

Das Ende vom Lied.

Das Hans Schönholzer Str. 10a im Norden Berlins war gestern der Schauplatz eines größeren Menschenauflaufs. In einem Kellerladen wohnt seit längerer Zeit der Händler R. mit seiner Frau und vier Kindern. R., der einst bessere Tage gesehen hat, und mit Pferd und Wagen einen gutgehenden Lebensmittelhandel betrieb, ist durch verachtete Geschäfte, zu denen sich die unglückselige Trunksucht gesellte, sehr herabgekommen. Seit ungefähr 1/2 Jahren sind die Reichen Scheute nur den Wirtzins schuldig,

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 28. Mai.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr abends: Konzert. Chopin: a) Impromptu Fis-Dur, b) Vier Mazurken (Hans Freudentberg, Klavier). 2. Karl Loewe: a) Die Katzenkönigin (Chamisso), b) Die Heinkelmannchen (A. Kopisch) (Robert Koppel). 3. Popper: Aus der Suite op. 16 für zwei Celli: a) Andante grazioso, b) Gavotte (Hans Kraus und Otto Urack). 4. Liszt: Venetia et Napoli: a) Gondoliera, b) Tarantella (Hans Freudentberg). 5. a) P. Whiteman: Im Rausch einer Nacht (Otto Stransky), b) Fredy Raymond: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren (B. und E. Neubach), c) Hans May: Beim Rheinwein sollst du mein sein (E. Neubach), d) Joh. Kain: I weiß nit, wie mir is, Volkslied (Robert Koppel). 6. Popper: Aus der Suite op. 16: Largo espressivo (Hans Kraus und Otto Urack). Am Flügel: Dr. E. Lapini. 6.05 Uhr abends: Fünfzehn Uferminuten (Paul Morgan). 6.40 Uhr abends: Obering O. Nairs: „Der Rundfunk beim Wassersport“. 7.10 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik: Obering Wölfel: „Die Normen in der Industrie und ihre Beziehungen zum Kaufmann“. 7.45 Uhr abends: Dr. H. Ziemann: „Eingeborenensfürsorge in den deutschen Kolonien im Wandel der Zeit“. 8.30 bis 8.20 Uhr abends: Oskar Wilde als Märchendichter. 1. Die Nachtigall und die Rose. 2. Der junge König (gesprochen von Adele Prossler). 8.35 Uhr abends: Deutsche Uraufführung: Honegger: Sonate, Andante — Allegro moderato — Allegro con moto (Hermann Spitz, Bratsche; Theophil Demetriescu, Klavier). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

und das Wirtzinsgenossenschaft hatte die Exekution angeordnet, die gestern zwangsweise erfolgte. Ein Bild sozialen Elends entrollte sich. Die notwendigen Sachen wurden auf einen Wagen verladen. Auf dem dunklen Wirtzinsgenossenschaft ein Berg Kleidungsstücke, Kochgerätschaften, Krimstrümpfe usw. Darum 10 bis 12 kleine blaße, spielende Menschenkinder. Zwei davon, ein Knabe von 6 und ein von 10 Jahren, die jüngsten Kinder, geben in Abwesenheit der Eltern Obacht auf die arbeitslose Habe. Bald wird der Wagen seinem unbestimmten Ziele entgegenfahren. Einem Schicksal entgegen, nicht weniger tröstlos und dunkel als die Vergangenheit.

Der Arzt und sein „alter, treuer Patient“.

Einen „Fremden“ hätte er „sicher ins Krankenhaus abgewimmelt“.

Gegen den Kassenarzt Dr. Hagedorn (Berlin, Zorn-dorfer Str. 6) wurde der Vorwurf erhoben, daß er einen Kranken, der ihm als versehentlich durch Schweinfurter Grün vergiftet gemeldet worden war, erst spät besucht habe. Er soll dann den Kranken, wurde behauptet, nur oberflächlich untersucht haben; auch unterließ er die Ueberweisung in ein Krankenhaus, begnügte sich mit vorläufigen Beratungen und empfahl bei Verschlimmerung ihn erneut zu rufen. Ein anderer Arzt, der nach eingetretener Verschlimmerung hinzugerufen wurde, ordnete die Ueberweisung in ein Krankenhaus an, und dort starb der Kranke noch in derselben Nacht. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin, deren Mitglied der Verstorbene gewesen war, nahm über diesen Fall ein Protokoll auf und schickte es an die Wirtschaftliche Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes. Als diese den Arzt zur Äußerung aufforderte, gab Dr. Hagedorn eine Antwort, die auf ihn ein eigenartiges Licht wirft. In seinem Brief, der in Abschrift an die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin weitergegeben worden ist, sagt er unter anderem:

„Die Rettung geschah gegen 11 Uhr, ich war gerade bei der Untersuchung einer größeren Zahl von Schulkindern. Meinen Besuch ver sprach ich nur, weil Klatt ein langjähriger treuer Patient von mir war; denn die Entfernung von meiner zu seiner Wohnung ist eine recht große. Ich war nicht um 2 Uhr bzw. 1/2 Uhr, sondern nach 1 Uhr da, früher war ich mit den Kindern nicht fertig geworden. Ob eine Vergiftung vorlag, war nicht festzustellen, der Kranke leugnete es, die Angehörigen wußten nicht recht, ob das in Frage kommende Schweinfurter Grün verbraucht oder fortgeworfen oder vom Kranken genommen worden war. ... Kurz der Verdacht der Vergiftung war erhoben und mußte in Frage gezogen werden, aber klare Symptome waren nicht vorhanden. Deswegen gab ich meine Verordnung, einen Fremden hätte ich bei diesen unklaren Verhältnissen sicher ins Krankenhaus abgewimmelt. Die dem alten treuen Patienten mußte ich das nicht antun. Deswegen vorläufige Beratungen mit der dringenden Anweisung bei der nächsten Verschlimmerung sofortige Nachricht zu geben. Diese Nachricht blieb aus. Ich wurde erst nach acht Tagen in Anspruch genommen zur Ausfertigung des Intencheins. Da ich dies verweigerte, weil ich den Latten nicht gesehen, kam die Beschwerde. ... Aus Rücksicht auf den Kranken erfolgte keine Krankenhausüberführung. Die Diagnose wurde wegen der Unsicherheit nicht auf Vergiftung gestellt. Welche Vorküris treffen mich: 1. Die Unterlassung der Krankenhausüberführung. Ich habe die Geschäftsanweisung nochmals durchstudiert. Ich habe nirgend einen Paragraphen gefunden, der aussagt, daß diese oder jene Krankheiten sofort ins Krankenhaus zu schicken sind, das Gegenteil ist der Fall. 2. Die vorsichtige Diagnose, die als Fehldiagnose hingestellt wird. Wiederum habe ich keine Zeile gefunden, die verlangt, der Kassenarzt hat auf Anstich die richtige Diagnose zu treffen oder auf dem Arzneischein niederzuschreiben.“

Die Zeitschrift „Der Kassenarzt“, Zentralorgan des Reichsverbandes Deutscher Kassenärzte und offizielles Organ des Berliner Kassenärztereins, bepricht diesen Fall und die Verhörung Dr. Hagedorns in einem Artikel mit der Ueberschrift „Standeswürdige Ärzte aus der W.L.“ Das Blatt erinnert daran, wie in der Zeit des gegen die Krankenkassen geführten Ärztestreits und auch noch nach ihm einzelne der den Kassen treugebliebenen Ärzte wegen angeblich falscher Diagnose oder Behandlung öffentlich von freitenden Ärzten und von ihrem Vorkörper angegriffen worden sind. Das Verhalten des Dr. Hagedorn (der übrigens auch als Schularzt tätig ist) und sein Rechtfertigungsveruch sind in der Tat so sonderbar, daß wir mit dem Organ des Berliner Kassenärztereins fragen müssen, ob die W.L. des Groß-Berliner Ärztebundes alles das ruhig hingenommen oder Herrn Dr. Hagedorn zur Rechenschaft gezogen hat. Vielleicht erfahren wir Näheres darüber.

Gedruckte Pfingstkarten werden sowohl unter Umschlag als auch offen nur dann für 3 Pf. mit der Post befördert, wenn in ihnen nichts geändert oder hinzugefügt ist. Die Postbehörde gibt außerdem wieder unmaßstäbliche Verhaltensmaßregeln heraus, aus denen im Grunde nur hervorgeht, daß das Substrat schon am besten tut, für seine Pfingst- und Gratulationskarten weitere 2 Pf. zu opfern und dann auch das Recht hat, so viel auf die Postkarte zu schreiben, wie ihm gefällt. Jede beschriebene Post-Pfingst- und Grußkarte kostet im Ortsverkehr 3 Pf., im Fernverkehr 5 Pf.

Turmmusik zu Pfingsten. Der Koselische Bläserbund wird am Pfingstsonntag, mittags 12 Uhr, mit dem Glockenspiel der Porocholtstraße in der Klosterstraße eine Turmmusik veranstalten.

Freiwillige Feiertagsruhe auch im Lebensmittelhandel. Der Zentralvorstand des Verbandes Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche E. B. hat seine Mitglieder ersucht, im Interesse der Angestellten am ersten Pfingstfeiertag die Geschäfte völlig zu schließen, also auf die für den Lebensmittelverkauf freigegebenen Vormittagsstunden freiwillig zu verzichten. Die Ber-

Wer Rad fährt

will Zeit gewinnen. Aber nur ein guter Reifen führt Dich schnell und sicher zum Ziele. Sei klug; wähle den besten und fahre

Continental

Reifen

(Fahrt nach der „Continental-Strassenkarte“)

Probieret Ralle Schokolade

EMMO

braucherhaft wird gehalten, alle notwendigen Einkäufe an Kolonial- und Feinkostwaren oder anderen Lebensmitteln deshalb schon in den Tagen vor dem ersten Pfingstfeiertag zu erledigen.

Sonnwendfest des Arbeiterkulturartells.

Das vor einigen Monaten von der Berliner Arbeiterbewegung gegründete Kulturartell will mit einem großen Sommerfesten- wendfest an die Öffentlichkeit treten. Das Fest wird in der Nacht vom 20. zum 21. Juni mit einer Feier am brennenden Feuer beginnen. Als Festplatz sind die Goseker Berge hinter Schönwitz gewählt. Der Nachfeier, welche hauptsächlich von der Gewerkschaftsjugend, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der KJL-Jugend getragen wird, bringt außer dem vom Proletarischen Sprechchor vorgetragenen Werke Schönwanks „Erlösung“ ein ganz neues Spiel von Max Baretz „Grenzenlose Nacht“. Der Berliner Sängerkorps wird das Ganze mit Liedern umrahmen. Am 21. Juni, vormittags gegen 11 Uhr, wird eine morgendliche Feier- stunde die Duvette der Sonntagsfreude werden. Im Mittelpunk- t der Nachmittagsveranstaltungen steht als Festspiel eine Auf- führung von „Friede“, einem burlesken Spiel, nach den „Achar- nern“ des Aristophanes von Lion Feuchtwanger bearbeitet. Die Regie hat Erwin Piscator von der „Volkshöhle“ übernommen. Erste Schauspieler der Berliner Theater haben ihre Mitwirkung zugesagt. Das allegorische Spiel des Aristophanes wird infolge der aktuellen Themen, die es behandelt und bei der großartigen Regieaufführung, die der Festplatz ermöglicht, sicher großen Eindruck hinterlassen. Der Preis der Teilnehmerkarten ist billig gehalten: 50 Pf. Zehntausende von Arbeitermassen muß es am 21. Juni hinausziehen zu den Goseker Bergen.

Der Verein der ausländischen Presse zu Berlin veranstaltet am 10. Juni ein Sommerfest unter dem Titel „Symbhona auf der Grunewaldrennbahn“. Es finden Lang im Freien — Kino im Freien — Bazon — Rodenschau im Sattel — Feuerwerk — Tombola — Karawane — Wettspiele — Variété — Rodemor- sührungen — Wettrennen — Schönheitskonkurrenzen usw. statt. Die Reineinnahme wird zu wohltätigen Zwecken bestimmt. Bureau im Verein der ausländischen Presse, Budapeststr. 2-3, Tollenhof 7204.

Zeugen gesucht. Zeugen, die gesehen haben, wie am letzten Sonnabend nach 10 Uhr an der Ecke Friesen- und Bergmannstraße ein Verbotenes (Mercedes?) ohne Licht in rasendem Tempo eine ältere Dame überfuhr und dabei tödete, werden gebeten, sich bei Grimm, Wilhelm-Alexis- Straße 4a, zu melden (nach 5 Uhr abends).

Deffenslicher Stellennachweis für Angestellte im Westen. In den nächsten Tagen wird, um einem seit langer Zeit empfundenen Bedürfnis abzuhelfen, im Bezirksarbeitsnachweis Schönberg auf dem Winterfeldtplatz als Zweigstelle Westen der Abteilung für Angestellte beim Landesarbeitsamt Berlin ein öffentlicher Stellennachweis für Angestellte eröffnet. Die Zweig- stelle vermittelt kostenlos durch erfahrene Fachleute männliche und weibliche kaufmännische und Bureauangestellte in den Bezirken Schönberg, Wilmersdorf, Steglitz, Zehlendorf und dem südlichen Teil von Charlottenburg bis zu den Südeisen der Strohenzige Kaiserdamen, Bismarckstraße, Hardenbergstraße, Tauentzienstraße, Kleiststraße, Rollendörflerplatz, Fernsprechanschluß: Stephan 2680.

Die diesjährige Tagung der Vereinigung Deutscher Wohnungs- ämter findet vom 8. bis 10. Juni in Stuttgart statt. Der erste Verhandlungstag (Dienstag, der 9. Juni) wird der Erörterung von Wohnungsfragen der Gegenwart gewidmet sein. Außerdem ist eine Besprechung der zu erwartenden Entwürfe zu den neuen Mietersetz und Wohnungsgesetzen Wohnungsfragen der Zukunft, insbesondere die finanziellen in Aussicht genommen. Am zweiten Verhandlungstage sollen Grundlagen der Wohnungswirtschaft zur Erörterung gelangen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Am 20. und 21. Juni Sonnen- wendfeier des Arbeiterkulturartells in den Goseker Bergen. Karten 1.50 Mf. bei der Gewerkschaftskommission, Einzelkarte 24/25 — Mo-Ost- artell, Einzelkarte 24/25 — in den Jubiläen der Freien Volkshöhle — im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, 2. Hof II — Erziehungsverein der Arbeiterfreunde — Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Seckelstr. 37/38 — bei den Obleitern der Kreis- und Abteilungsbildungsausschüsse — in den Vormärtssektionen — im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Linden- straße 3, 2. Hof II, Zimmer 8. — Eheri-Reliefs nach dem Entwurf von Gerstenberg, ebenfalls gelöst 1.50 Mf. pro Stück, dunkel gelöst 1.50 Mf. pro Stück, in echt Bronze 45 Mf. zu haben in allen Vormärts- sektionen, bei den Obleitern der Bildungsausschüsse und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II.

Das Schicksal Amundsens.

Oslo, 27. Mai. (TU.) Die artischen Sachverständigen empfin- den keine Respektlosigkeit über das Schicksal Amund- sens und halten eine Rettungsaktion für verfrüht. Die norwegischen Fischerflotten zwischen Grönland und Ramoja Semja sind ange- wiesen, nach den Fliegern Ausschau zu halten.

New York, 27. Mai. (W.B. durch Funkpruch.) Aus Raleigh (Nordkarolina) wird gemeldet, daß in einem Bergwerk der Carolina Coal Co. infolge Explosion etwa 50 Bergarbeiter ver- schüttet sind.

Wetter für Berlin und Umgegend. Ueberwiegend wolfig, zunächst noch warm, später Gemitter und Regenschauer mit gleichzeitiger Abkühlung. — Wetter für Deutschland. Ostwärts fortschreitende Gemitterregen mit Abkühlung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Mitte, Freitag, den 23. Mai, 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung des er- weiterten Kreisverbandes bei Dohrbahn, Schweinmühler Str. 11.
- 2. Kreis Tiergarten, Arbeitgemeinschaft der Arbeiterinnen: Pflichtfahrt nach Sinauberg-Tiefensee, (Fahrzeit und Uebernachtung 3 Mf.) Am Freitag letzter Anmeldefrist bei Hans Andreyewski, Pöhlitzer- Straße 26, n. 1 Et. Treffpunkt 6 Uhr abends am Sonnabend im Kleinen Tiergarten, Arbeiterdenkmal.

Heute, Donnerstag, den 28. Mai: Jungsozialisten. Gruppe Reichshaus: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Tollen- hof 7204. Gruppe Prenzlauer Berg: 8 Uhr im Jugendheim (Berolina), Prenzlauer- Straße, Arbeitgemeinschaft: „Sozialismus — Staat — Nation“, Zeitung „Recht der Arbeiter“. Gruppe Rosenthal: 8 Uhr Rosenthal, 11-12, Ber- liner des Genossen C. Rauschardt: „Staat und Wirtschaft“. — Jung- sozialisten! Das zu heute angekündigte Referat über „Diktatur über Demo- kratie“ fällt umhändelbarer aus und findet am Donnerstag, den 28. Juni, im Jugendheim Tollenhof, 7204, statt.

Morgen, Freitag, den 29. Mai: 7. Mt. Siemensstadt: 8 Uhr Mitgliederversammlung bei E. Gumbel. Jungsozialisten. Gruppe Rosenthal: 8 Uhr im Restaurant „Sportplatz“, Kaiser-Wilhelm-Straße, Mitgliederversammlung.

Jugendveranstaltungen.

H. B. Heute um 1/8 Uhr Sitzung im Jugendsekretariat. Heute, Donnerstag, den 28. Mai, abends 7 1/2 Uhr: Schönehauser Vorkehr: Schule Wilmersd., Vortrag: „Genossenschafts- wesen“. — Reichsbanner: Jugendheim Offenbacher Str. 3a, Vortrag: „Gesund- heitspflege der arbeitenden Jugend“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin C. 14, Gebaltenstr. 37/38, Hof 2 Et. Kameradschaft Wilmersdorf: Für die Kameraden, die für Schwein- mühle festgesetzt worden, liegen die Fahrkarten für die Dampferfahrt ab Donnerstag, den 28. Mai, von 6 Uhr abends bis 7 Uhr zur Abholung bereit. Abfahrt Sonnabend, den 30. Mai, abends 7 Uhr, von Bahnhof Zoo. Treffen 6 1/2 Uhr abends in der Jahnstraße. Das Treffen findet auch während der Sommermonate (ausgenommen die Schulferien) jeden Freitag, abends von 6 bis 10 Uhr, in der Oberrealschule am Seepark statt. Wegen Ausgruppierung der einzelnen Mannschaften ist stärkere Beteiligung an diesen Turnen (sowie an den Übungen auf dem Sportplatz) erbeten. Kameraden, die als Tambour ausgebildet zu werden wünschen, melden sich unver- züglich bei Kamerad Stroh an. — Kameradschaft Lichterberg: Nächste Unter- gruppen: Freitag, den 29. Mai, abends 7 1/2 Uhr, können die Fahrkarten für Schweinmühle bei Krüger in Empfang genommen werden. Alle Rechte sind bis dahin zu begleichen. — Kameradschaft Weihenstephan: Donnerstag, den 28. Mai, abends 6 Uhr, Grünau Baum, Entzren, Kitzung! An Stelle der Mitglieder- versammlung steht Übung mitreden in Bannereibung mit Föhnen und Trachten für große Teilnahme an der Einübung des Kameraden Schmitt- Laubmann. — Kameradschaft Wedding: Freitag, den 29. Mai, abends 7 Uhr, im Schüler-Anwesen, Pöhlitz, 26. Etage, Mitglieder- und Generalkonferenz. Schmit- tliche Offizieren und weiteren Kameraden müssen erscheinen.

Münchener Hermanns-Gesellschaft (Rital, L. D. G. B.). 1. Pfingst- feiertag, morgens 8 Uhr, auf dem Spandauer Hof (rechts), Fehlbongert. Die Parteigenossen sind dazu freundlich eingeladen.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbuser Tor
Frühjahrs-Ülster
30., 48., 54., 65., 75.
Regenmäntel für Damen u. Herren
18.50, 23., 29., 36., 39., 45., 55.
überlegt man nur dem Nachweis des
Deutscher Waffenerverbandes, Berlin O 27,
Kottbuser Str. 21 (Schlingens 4310, 4048).
Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntags 10 bis
2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch

Musikaufträge
Herren-Anzüge, Paletots
nach Maß in vollendeter Paßform M. 85
L. Sonnenschein, Potsdamer Straße 33 I
(Ecke Lützowstraße)

DUNLOP
CORD
Schwarz der Reifen — Hell die Freude
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Wöchentliche Teilzahlung!
Elegante Herrenkleidung
fertig und nach Maß zu soliden Preisen
Guter Sitz u. gute Verarbeitung garantiert
Eodenmäntel, Gummimäntel
In großer Auswahl. Spezial-Abt.: Anfertigung
eleganter Damenmoden nach Maß
Julius Fabian Maßschneiderei
Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage.

Meta Sperling
geb. Noeske
im 21. Lebensjahr.
„Sie war im Leben kein selbstlos,
arbeitssüchtig und immer guttunend“
Willi Sperling Hildegard Sperling
Berlin SO. 3, Siebenwallstr. 51
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 28. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, von der
Kasseler Str. 111, im Trauerhause
aus statt. 1927
Um stille Teilnahme bitten
Die Trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Hinscheiden meiner lieben
Frau, unserer guten Mutter, sagen wir allen
unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen
Löfar Schmidt.

Ausnahmetage
Sidelbeerwein, 108, ca. 11% Liter 22. — 21
Couchwein in Holzgefäß, ca. — 26
Bierweingeist, ca. — 26
Chter Malaga, 108, ca. 10% — 2.10
Sobas — Quasch, ca. 50% Liter — 2.95
Weinbrand-Verfälscht, ca. 100% — 4.25
Süßholzwasser, ca. 100% — 4.25
Neutraler Branntwein, ca. 65%
Liter 22. 3.95

Verkauf direkt vom Fab
Kostproben gratis
Aus prima Qualitäten. Alles inkl. Steuer
Eitor- und Essenzen-Fabrik
Eduard Süßkind
Brunnenstr. 42-43, Berlin N. 31
und Koppenstr. 87.
Guter Schlaf ist das beste
Heilmittel.
Spezialbetten für Groß und Klein, mit oder
ohne Zubehör, Stahlmatratzen, an Private,
bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.
Sisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Heute, Donnerstag, den 28. Mai,
abends 7 Uhr, im Parkhotel des
Verbandsheuses, Clusenstr. 63-65:
Branchenversammlung
der Elektromonteur und Helfer.
Tagesordnung: 1. Verwaltung-
bericht. 2. Branchenanliegenheiten. 3.
Bericht des Vorsitzenden.

Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 29. Mai, abends 7 Uhr:
Sitzung
der mittleren Ortsverwaltung.
Montag, den 1. Juni (2. Pfingstfeier-
tag), vorm. 9 1/2 Uhr, bei Frau
Grafstr. 9:
Versammlung
sämtlicher Kassenmonteur der
VEB-Turbinenfabrik.
Tagesordnung: Vorfprache über
die letzte Bewegung.

Sonnenbrand
Hautschäden
verhütet unser
Zeozon - Creme
Glänz. Anerkennung von erst-
ärztl. Autorität. Überall erhältlich.
Kopp & Joseph Berlin

Wilhelmshagen
Restaur. J. Köhnig,
vom Ringendplatz
30 Minuten Fahrt,
empfehl. seine Ge-
winnlichkeit für
Bereins, Festlichkeiten
und Ausflüge.
Zimmer mit und ohne
Heizung. Herrl. Boud.
von Wald und Wasser
umgeben.
Gute Verpflegung.
Mäßige Preise.

**Gummi-
Mäntel**
für Herren, Damen
u. Kinder, vorräti-
g nach Maß
Pelzlin. u. Windjack.
Spezialgeschäft
Weinheber, Petrisstr. 5
a. d. Gertraudenstr.

**Krause-
Pianos**
zur
Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Etage

**Neue
Haare**
machen sich wieder.
Reichs Haarrest-
mittel „Jubel“
macht wieder nach
unmöglichem Einrißen.
Ge lauten viele Kr-
echennungen Nr. 235
und Nr. 250. In Pro-
gramm, jetzt bei Otto
Reichel, Berlin 49,
50, Eisenbahnstr. 6.

Gardinen
Sonderangebote u.
Gelegenh.-Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Matras- und
Kissen-Gardinen.
Qualitäts-Gewinnverlust
Hauptstr. 67
am Ringbahnhof.

Trauerpenden
jeder Art
heißt preiswert
Paul Gollets
vormals Herr Frau
Mariannenstr. 3
Kam. Rosenthal 103/04

Radio-Geräte
erhältl. Fabrikate, ex.
Reichspreiswertigste,
Lieferung, Berlin
10 9, Schlegelstr. 214.

**In frischem
Maiengrün**
ist es herrlich zu wan-
dern; im Rucksack
darf die Feinkostmar-
garine „Schwan
im Blauband“
nicht fehlen.
Preis 50 Pfennig das
Halbpfund in der
bekanntesten Packung.



**Schwan im
Blauband**
FRISCH GEKIRNT

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbig
illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Ungekochte Krankenkasse der Juweliere, Gold- u.
Silberschmiede (Zwangsvormung) zu Berlin
Bekanntmachung.
Die vom Ausschuss beschlossene 15. Schungs-
änderung ist vom Oberverwaltungsamt
genehmigt worden. — Die Rollen-
bezüge betragen hiernach ab Sonntag,
den 1. Juni 1925 nur noch 5 Pfund
des Grundlohns. — Die Beiträge für die
Gewerkschaftsbeiträge wie bisher 1 Pfund
— höheres geht dem Arbeitgeber zu.
Der Vorstand, 59/19
Herr Roll, Hugo Berg,
Rosenthaler.

RETTE DEN FUß
trage
„die Richtige!“
Schuheinlage
10 Tage zur Probe
ohne fest zu kaufen!
Wer viel stehen oder gehen muß,
Wer zu schnell ermüdet,
Wer auch nur gelegentlich
Schmerzen in den Füßen hat,
Wer durch unweckmäßige
Mittel enttäuscht wurde,
Wer sich Elastizität im Gang
bewahren oder wiederge-
winnen will,
besuche das Mahnwort:
„Rette den Fuß“
Trage
„Die Richtige“
Der Kaufpreis beträgt Mk. 6.—
bis Mk. 11.— pro Paar
Der Ruf unserer Firma bürgt für
die Zweckmäßigkeit der Einlage.
Erhältlich bei:
M. Pech A.-G.
für sanitären Bedarf.
Zentrale:
Berlin W 35, Am Harisbad 15
und in sämtlichen 22 Filialen
in Groß-Berlin

Das Steuerüberleitungsgesetz.

Sozialdemokratischer Kampf um die Gerechtigkeit. — Reichstagsrede des Genossen Herx.

Der Reichstag genehmigte gestern in allen Besungen ohne Debatte das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahnpersonen- und Gepäckverkehr. Ohne Aussprache wird auch der zweite Nachtragsetat für 1923 angenommen.

Dann folgt die zweite Beratung des Steuerüberleitungsgesetzes.

Abg. Dr. Herx (Soz.):

Der Reichsanwalt hat als das Kennzeichen der neuen Steuerreform die soziale Gerechtigkeit bezeichnet. In der Bevölkerung wurde dadurch die Hoffnung erweckt, daß mit dem Eintreten stabiler Währungsstände das Steuerrecht befreit werden würde. Dieses erste Gesetz läßt diese Hoffnung unerfüllt. Wir fürchten, daß das Urteil über die anderen Steuergesetze noch ungünstiger lauten wird. Bei dem Steuerüberleitungsgesetz war die Entscheidung zu treffen, ob für 1924 eine nachträgliche Veranlagung erfolgen soll. Bei den steuerlichen Voraussetzungen müßten vielfach willkürliche Maßstäbe gebraucht, das System war zweifellos in Einzelheiten mit starken Ungerechtigkeiten verknüpft. Ich bestreite jedoch, daß die gesamte Wirtschaft im Jahre 1924 kein oder kein nennenswertes Einkommen gehabt habe. Wenn Ungerechtigkeiten im Jahre 1924 vorgekommen sind, so müßte sie durch eine nachträgliche Veranlagung nicht ändern kann. Es besteht die Gefahr, daß nicht die Leistungsfähigkeit zum Maßstab endgültiger Steuererlässe sein wird, sondern daß diejenigen Steuerzahler die meisten Erfolge darin haben werden, die die größten Einkommen hatten und gewandter im Verkehr mit den Beamten sind. Die nachträgliche Veranlagung wäre aber auch deshalb ungerecht, weil gerade die leistungsfähigen Kreise die Steuern schon längst auf die Massen abgewälzt haben. Aus Gründen der Finanzverhältnisse des Reichs und aus sozialen Gesichtspunkten ist also die Rückzahlung nicht gerechtfertigt. Die Rückzahlung könnte auch nur erfolgen aus Uberschüssen des Reichsetats durch stärkere Anspannung der Lohn- und Verbrauchssteuer. Länder und Gemeinden haben die Ueberweisungen an Steuern schon längst aufgebracht, man müßte lediglich also auf das Reich zurückgreifen und hier müßten andere Schichten die Beträge für die Rückzahlung aufbringen. Das steuerliche Unrecht würde damit also vergrößert werden. Die Sozialdemokratische Fraktion ist deshalb mit der Mehrheit des Ausschusses der Ueberzeugung, daß diese Bedenken, in Verbindung mit den technischen Schwierigkeiten der nachträglichen Veranlagung so groß sind, daß es im Interesse des Reichs wie der Steuerpflichtigen liegt, unter das Jahr 1924 endgültig einen Strich zu ziehen. In Einzelfällen können Ausnahmen gemacht werden. Der § 9 darf nur in Einzelfällen angewendet werden. Wir wollen damit dem Zustand vorbeugen, daß wie beispielsweise bei der Landabgabe die nachträgliche Zurückstattung einen wesentlichen Teil des Gesamtaufkommens ausmacht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Anherberordentlich große Bedenken haben wir bei den Bestimmungen über die Lohnsteuer in dem Gesetzentwurf.

Wir haben seit diesen Monaten gefordert, den Lohnabzug zu mildern. Wenn die Regierung alle Anordnungen getroffen hat, um nach dem Entwurf den Lohnabzug zu ändern und die Sätze am 1. Juni in Kraft treten zu lassen, so machen wir ihr daraus keinen Vorwurf, aber wir lehnen jede Verantwortung dafür ab. Wir befinden uns dadurch in einer Zwangslage, halten es aber notwendig, diejenigen grundsätzlichen Anträge zur Entscheidung zu stellen, die trotz der kurzen Zeit noch durchführbar erscheinen. Eine vollständige Aenderung des Systems zu beantragen, behalten wir uns für die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes vor. Die bisherigen Beschlüsse des Steueranschlusses für den Lohnabzug bringen nur eine geringe Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand. Das steuerfreie Einkommen ist von 60 auf 80 M. im Monat heraufgesetzt worden. Die stärkeren Familien haben eine Begünstigung erfahren. Schließlich ist auch endlich der Rechtsanspruch auf Erstattung der Beträge bei Verdienstausschlag erfolgt. Diesen Vorteilen in Einzelheiten des Systems stehen aber starke Verschlechterungen gegenüber, die eine so außerordentlich unsoziale Wirkung haben müssen, daß wir unsere größte Unzufriedenheit mit den Beschlüssen des Ausschusses vorbringen müssen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Ausschuss mehrfach dargelegt, daß sie mit der besonderen Berücksichtigung kinderreicher Familien einverstanden ist. Das hat aber zur Voraussetzung, daß sie sich in sozialen Grenzen hält. Bei dem jetzigen System ist das nicht der Fall. Das Existenzminimum wird um so höher festgesetzt, je höher das Einkommen ist. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Das Prinzip bei der Einkommensteuer ist aber, daß je höher das Einkommen steigt, desto

größer auch die Leistungsfähigkeit und das Steuerlohn ist. Bei der Lohnsteuer wird aber das Entgegengesetzte getan. Die bisherige Ermäßigung betrug für jedes Kind ohne Rücksicht auf das Einkommen 1 Proz. Jetzt wird das steuerfreie Einkommen verschieden hoch bemessen. Bei einem Einkommen von 2400 M. beträgt die Steuerfreiheit für ein Kind 144 M., steigt das Einkommen auf 7200 M., so beträgt die Steuerfreiheit 624 M., bei einem Abzug von 2 Proz. steigt er bei den geringeren Einkommen auf 288 M., dagegen bei den größeren Einkommen auf 1248 M.

Der Abzug ist also bei den oberen Gruppen der Abzugsberechtigten viermal so groß als bei den unteren Gruppen.

Ein solches System kann sich längere Zeit nicht halten. Wir müssen dabei noch die Tatsache berücksichtigen, daß die Soziallasten um so höher sind, je geringer der Lohn ist. Bei der endgültigen Erledigung des Einkommensteuergesetzes müssen wir eine neue Regelung schaffen. Dieser Zustand ist aber auch beispiellos in der ganzen Welt. Wo im Ausland eine progressive Ermäßigung eintritt, ist sie nach oben begrenzt. Diese Ungerechtigkeit erklärt es auch, daß selbst der Bund der Kinderreichen den Gesichtspunkt vertritt, daß ein Höchstmaß von 500 M. notwendig wird. Die unsoziale Gestaltung des Kinderprivilegs befreit auch die formelle Gleichheit des Existenzminimums. Ich halte es für unmöglich, daß sich eine Reichstagsmehrheit findet, die das Existenzminimum um so höher ansetzt, je höher das Einkommen ist. Bei zwei Kindern und einem Einkommen von 2400 M. beträgt das Existenzminimum 1500 M., dagegen bei einem Einkommen von 7200 M. 2830 M., es ist also hier fast doppelt so hoch. Noch größer ist das Verhältnis bei Familien mit 5 Kindern. Hier ist das Einkommen von 2400 M. eben nur steuerfrei, ein Einkommen von 7200 M. dagegen genießt ein Existenzminimum von 5670 M. Auch dieser Teil der Ausschlußbeschlüsse ist sachlich unhaltbar. Sie erklären sich nur daraus, daß die Mehrheit dem sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Einkommens nicht folgen wollte. Obwohl es zweifelhaft ist, ob der Ausfall bei der Heraushebung des steuerfreien Einkommens auf 100 M. und 1 Proz. Kinderermäßigung höher ist, als nach den jetzigen Beschlüssen. Jedenfalls kann es sich nur um eine unerhebliche Differenz handeln, deshalb war es unbedeutend, unseren Antrag abzulehnen. Wir haben deshalb unseren Antrag erneut zur Entscheidung gebracht. Ich will mich dabei nicht auf die Eingaben aller Gewerkschaftsorganisationen berufen, die das gleiche verlangen. Im Steuerauschuß sind wir belehrt worden, daß einzelne Organisationen, so der Deutsche Gewerkschaftsbund, das Existenzminimum von 100 M. nur als „sernes Endziel“ betrachten. Mit diesem Standpunkt sind wir nicht einverstanden. Unser Antrag war damals und ist heute sachlich notwendig, jetzt ist der Augenblick gekommen, um ihn durchzuführen. Wir haben diesen Antrag nicht aus agitatorischen Gründen gestellt, sondern aus sachlichen Erwägungen. Die Berechnungen der Regierung sind willkürlich und falsch. In der ersten Erklärung wurde der Ausfall auf 500 Millionen angegeben, bei weiteren einzelnen Berechnungen des Finanzministeriums betrug der Ausfall aber nur noch 361 Millionen. Solche hohe Differenzen in der Schätzung der Regierung können keine sichere Unterlage für unsere Beschlüsse sein. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Unser Einwand verliert sich, daß es sich um eine steuerliche Ausnahmeregelung der Lohn- und Gehaltsempfänger handelt, und daß diese Ausnahmeregelung künftig nicht kleiner, sondern größer werden wird.

Die Regierung hat die Rückwirkung der neuen Bestimmungen abgelehnt, trotzdem sie bei der Veranlagung der anderen Steuerpflichtigen die Rückwirkung auf den 1. April zugestanden hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir lassen deshalb keinen Zweifel darüber, daß unsere Entscheidung über das Einkommensteuergesetz keineswegs endgültig ist, sondern wir werden versuchen, bis zur Verabschiedung der anderen Steuergesetze die Einsicht in- und außerhalb dieses Hauses zu stärken, daß die Heraushebung des steuerfreien Einkommens notwendig ist. Von der weiteren Gestaltung der Steuergesetze wird auch die endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zur Lohnsteuer abhängen. Die Lohnsteuer ist zweifellos ein Fortschritt, den wir nicht gern preisgeben wollen, wenn sie auch in Einzelfällen härten zeigt. Diese Härten dürfen aber nicht im System liegen, sie dürfen zu keiner steuerlichen Ausnahmeregelung führen. Das aber scheint die Absicht der Regierung zu sein. Die Regierung hat verlangt, daß das Aufkommen aus der Lohnsteuer 1200 Millionen bringen müsse. Wir haben einen Antrag eingebracht, der verhindern soll, daß die Ertragsliste aus der Lohnsteuer diese Grenze von 1200 Millionen Markt überschreitet. Nachdem der Ausschuss dem Grundgedanken zugestimmt hat, kann der Reichstag heute nicht ablehnen, daß wir eine gezielte Festlegung verlangen. Die Erklärungen

der Regierung sind wertlos, wenn nicht ein Zwang durch Gesetz geschaffen wird. Die Ertragsliste über 1200 Millionen Markt müssen zur Senkung der Lohnsteuer benutzt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Regierung hat keine Zweifel darüber gelassen, daß sie keine Gehalts- und Lohnsenkung zugehen will. Die gleiche Haltung nimmt die Wirtschaft ein.

Von der Lohnseite her ist also mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen, um so mehr, als eine erhebliche Steigerung der Preise durch die neuen Zölle und durch die wachsende Macht der Konzerne zu erwarten ist. Wenn nicht eine genügende Senkung der Steuerlast erfolgt, so muß eine weitere Schwächung des Realeinkommens eintreten. Dem Grundgedanke, daß die Neubildung von Kapital gefördert werden muß, will die Regierung nur bei den Großen durchzuführen. Was die Arbeiter sparen könnten, das wird ihnen auf dem Wege der Steuer und Zölle wieder fortgenommen. Ich erinnere an das Wort von Heffnerich, daß die Großbetriebe vor der Vermalmung geschützt werden müßten. Dieser Grundgedanke ist auch das Ziel der jetzigen Steuerreform. Die Herrschaft des Großkapitals über Staat und Wirtschaft soll aufrechterhalten, die leistungsschwächeren Kreise sollen zugunsten der Großen mit neuen Steuerlasten belegt werden. Die Folge wird sein, daß zu den großen Schichten der enteigneten Kapitalrentner eine zweite große Schicht Enteigneter aus den Kreisen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes hinzutreten wird. Herr Straßmann hat in seiner Rede auf dem Vertretertag seiner Partei gesagt, daß er grundsätzlich die Sozialdemokratie nicht ausschließen wolle; aber im Reich müßten die bürgerlichen Parteien regieren. Wir sehen die Anwendung dieses Grundgedankes bei den Steuergesetzen. Die Sozialdemokratie wird daran nicht beteiligt, weil sie eine so unsoziale Gestaltung der Steuergesetzgebung nicht zugestimmt. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Es handelt sich jetzt darum, die großen Schichten des Volks, die mit großen materiellen und ideellen Opfern die Existenz des Reichs erhalten haben, vor der steuerlichen Ausnahmeregelung zu schützen, die die Rechtsregierung beabsichtigt. Schuß vor diesen Absichten bietet nur die Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) bedauert, daß in den Vorlagen dem sozialen Gesichtspunkt nicht genügend Rechnung getragen worden sei.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) macht der Regierung den Vorwurf, daß sie trotz aller Rechnungen des Ausschusses die dringendsten Steuerreformvorlagen zu lange hinausgezögert habe.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Hugo (D. Sp.), Höllein (Komm.) und Dr. Freyer (Dnk.) schließt die Aussprache.

In der Einzelberatung werden die meisten Änderungen anträge und die Entschlüsse der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, nachdem die sozialdemokratischen Anträge von den sozialdemokratischen Abgg. Pelze, Simon-Franken und Meier-Baden in knapper, eindringlicher Form begründet worden waren. Einstimmig angenommen wird dagegen ein kommunistischer Antrag, wonach eine Leihweise oder volle Erstattung der 1924 einbehaltenen Lohnsteuerbeträge auf Antrag stattfinden, wenn bei dem Lohnsteuerpflichtigen besondere persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse vorgelegen haben, die seine Steuerfähigkeit wesentlich beeinträchtigt haben. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere auch außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung oder Unglücksfälle.

Eine Entschlüsselung des Zentrums erlaubt die Regierung, beim Abschluß der jetzigen Steuerreform einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Gesamtjahreseinkommen aus der Lohnsteuer so lange auf 1,2 Milliarden beschränkt, bis ein steuerfreies Existenzminimum von 1200 Reichsmark jährlich für die Lohnsteuerpflichtigen nicht erreicht ist.

Staatssekretär Dr. Dopff regt an, die Entschlüsselung an den Steuerauschuß zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Herx (Soz.) erklärt sich dagegen.

Abg. Dr. Kuhlensampff (D. Sp.) beantragt die Ausschlußüberweisung.

Gegen die Stimmen der Volkspartei wird die Ausschlußüberweisung abgelehnt und die Entschlüsselung des Zentrums angenommen.

Damit ist die Einzelberatung beendet.

Der Gesetzentwurf wird in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Bölkischen endgültig angenommen.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Der Andrang ist gewaltig!

Und mit Recht! Dann solche Preise, wie wir Sie zu Pfingst-Verkauf Herren- und Damengarderobe bieten, sprechen für sich allein. Lassen Sie sich diese, wohl so bald nicht wiederkehrende Kaufgelegenheit, nicht entgehen und machen Sie sich durch unser bewährtes System der Teilzahlung den Kauf leicht!

Silberpfennig

MÜLLERSTR. 182-183 DIREKT WEDDINGPLATZ UBAHN REINICKENDORFERSTR.

Wirtschaft

Der Abschluß der Diag für 1924/25.

Die Vereinigte Industrie-Unternehmungen Aktiengesellschaft (Diag), deren sämtliche Aktien im Besitz des Reiches sind, schüttet auf das Aktienkapital von 120 Millionen M. eine Dividende von 5 Prozent aus. Der in der Bilanz zum 31. März 1925 ausgewiesene Reingewinn beträgt 7 111 976,18 M. Den Geschäftskosten in Höhe von 152 501,67 M. stehen Einnahmen aus Provisionen in Höhe von 172 166,11 M., aus Zinsen in Höhe von 567 599,28 M. und endlich aus Dividenden der angeschlossenen Gesellschaften in Höhe von 6 524 712,46 M. gegenüber. Die letzteren setzen sich zusammen aus den Dividenden der Vereinigte Aluminium-Werke A.-G. und diverser kleinerer Beteiligungen für 1923 und den Dividenden der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., der Elektrowerke A.-G., der Bayerische Kraftwerke A.-G., der Werke G. m. b. H. für 1924. Die Kapitalertragssteuer ist auf die Beträge in Abzug gebracht.

In der Bilanz stehen Wertpapiere und Beteiligungen mit 127 572 544,67 M. zu Buch, gegenüber 113 606 669,50 M. in der Goldmarkbilanz. Die Zugänge sind durch Kapitalerhöhungen bei der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., dem Dypreusenwerk und der Württembergischen Landes-Elekttrizitäts-A.-G. entstanden, kleinere Beteiligungen sind inzwischen abgestoßen. Dabei erzielte Buchgewinne sind zu Abschreibungen vorweg verwandt. Forderungen erscheinen in Höhe von 16 818 712,62 M., es handelt sich hierbei zum Teil um Baubausgaben insbesondere an das Innere und das Dypreusenwerk, zum anderen Teil um vorübergehende Guthaben bei Tochtergesellschaften. Bankguthaben und Kasse erscheinen mit 474 346,31 M. Auf der Passivseite ist der Reservefonds mit 12 Millionen M. unverändert geblieben. Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von 5 753 628,42 M. Aus dem Gewinn dienen 800 000 M. zur weiteren Abschreibung auf Beteiligungen und Wertpapiere. Zur Dividende wurden 6 Millionen M. verwandt. Auf neue Rechnung werden vorgetragen 191 976,18 M.

In der Generalversammlung am 25. Mai 1925 wurde die Bilanz genehmigt. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Geheimrat Regierungsrat Arthur Rorden, Berlin, Fabrikdirektor Max Schmidt, Hirschberg in Schlesien, Reichsminister a. D. Rudolf Wissell, Berlin. Der Aufsichtsrat wählte Herrn Reichsminister a. D. H. F. Albers wieder zum Vorsitzenden und Herrn Generaldirektor Dr. Ing. h. c. von der Porten zum Stellvertretenden Vorsitzenden.

Die Vereinigten Industrie-Unternehmungen haben, wie von der Verwaltung betont wird, immer danach gestrebt, sich auf die wichtigsten Werke zu konzentrieren. In welcher Weise sie bei den Deutschen Werken durch die Privatindustrie in ihrer Entwicklung gehemmt worden sind, wissen unsere Leser. Der Gesamtzonen steht jetzt fröhlicher da als früher, da insbesondere das große Innere, auf dessen Bau seit 1917 38 Millionen Arbeitsstunden verwendet worden sind, fertig und in Betrieb ist, also vorläufig keine neuen Baukosten entstehen, die großes Kapital erfordern. Wir geben im nachstehenden eine Aufstellung der Beteiligungen, über die die Diag verfügt und über deren Verhältnis zum Gesamtkapital der Unternehmungen:

Liste der Beteiligungen der Diag.

Titel	Gesellschaftskapital	Beteiligung der Diag in Tausend Mark	Dividende für das letzte Geschäftsjahr
A. Reichs-Kredit-Gesellschaft A. G.	80 000	29 700*	6 Proz.
B. Elektrowirtschafts-Unternehmung:			
1. Elektromerke A. G.	60 000	60 000	7 Proz.
2. Dypreusenwerk A. G.	9 900	8 916	—
3. Württemb. Landes-Elekttrizitäts-Aktiengesellschaft	4 500	1 482,5	3 Proz.
C. Aluminiumindustrie:			
1. Verein. Alumin.-Werke A. G.	20 800	20 800	7 1/2 Proz.
2. Jannert. Bayer. Alum. A. G.	15 200	12 000	—
D. Kautschukindustrie:			
1. Mittel. Gießstoffw. A. G.	30 000	30 000	—
2. Bayerische Kraftwerke A. G.	15 000	15 000	6 Proz.
3. Werke G. m. b. H.	8 000	1 500	6 Proz.
E. Deutsche Werke A. G.			
Stammaktien	28 000	22 728,86	—
Vorzugsaktien	1 000	920	—
F. Sonstige Beteiligungen:			
1. Aktiengesell. Jlseder Hütte			
Stammaktien	64 000	16 026,4	**
Vorzugsaktien	1 000	260	—
2. Telefon-Fabrik Aktiengesell. vormalig J. Berliner			
Stammaktien	6 900	1 725	**
Vorzugsaktien	210	62,5	—
3. Bayer. Lloyd Schiffahrts A. G.			
Stammaktien	9 720	748,8	**
Vorzugsaktien	120	38	—
4. Industriegebiete-Gesellsh. Dresden-Albertstadt m. b. H.	480	480	10 Proz.

* Der Rest in Höhe von 50 300 M. ist im Besitz der Reichs-Kredit-Gesellschaft m. b. H. in Liquidation, deren gesamtes Stammkapital der Diag gehört.
** Abschluß liegt noch nicht vor.

Deutsche Hüttenwerke in Brasilien. Wie stark der Krieg und der Versailles Vertrag die Produktionsverhältnisse in der Weltwirtschaft umgestalten, dafür gibt eine Nachricht aus dem Ruhrgebiet ein interessantes Beispiel. Einige führende deutsche Montanwerke planen die Errichtung eines Hüttenwerks in Brasilien. Vor dem Weltkrieg würde ein derartiger Plan als ein Zeichen imperialistischer Ausdehnung des heimischen Schmelz- und Finanzkapitals angesehen worden sein. Heute würde eine derartige Deutung sehr in die Irre führen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, daß die Ursachen dieses Planes in den Industrialisierungsbestrebungen des früher rein agrarischen Brasilien und den Erzverlusten der deutschen Hütten- und Stahlwerke durch den Versailles Vertrag liegen. Die Hütten- und Stahlwerke der Ruhr hatten zwar mit bestem Erfolg ihren Erzbezug auf die hochprozentigen Erze Schwedens und von Uebersee umgestellt, konnten aber dabei doch nicht übersehen, daß der Kauf aus fremden Erzgruben doch teurer kommt, als der Bezug aus eigenen Gruben, wie sie ihn früher aus dem lothringischen Mineitegebiet hatten. Sie kauften daher hochprozentige Erzfelder in Brasilien. Die freie Ausfuhr dieser Erze nach ihren Hütten- und Stahlwerken an der Ruhr fand aber den Widerstand der brasilianischen Regierung, die zur Förderung ihrer durch den Krieg ins Leben gerufenen Eisenindustrie verlangte, daß mindestens 5 Proz. der Erzförderung in Brasilien verhüttet werden. Wenn also die Montanwerke der Ruhr den Vorteil eigener Erzgruben ausnützen wollten, so mußten sie selbst zuerst dazu beitragen, die Industrialisierungs- und späteren Konkurrenzabsichten Brasiliens zu unterstützen. Es ist klar, daß das auch einen unmittelbaren Nachteil für die Montanwerke der Ruhr bedeutet, denn wenn sie auch für das fertige Roh-eisen und die Stahlblöcke weniger Frachtkosten zu zahlen haben, so bleibt doch ein Teil ihrer eigenen Hochöfenanlagen und Stahlwerke an der Ruhr dadurch brachliegen. Abgesehen von den sozialpolitischen Folgen dieser Stilllegungen, die sehr beachtet werden müssen, weil sie die Arbeitslosigkeit vermehren und die Löhne drücken, ist die Sache natürlich eine reine Frage der Konkurrenz und der Rentierlichkeit. Immerhin wird man fragen müssen, denn solche Hüttenwerke kosten zehnfache Millionen, woher die Montanindustriellen der Ruhr angesichts der herrschenden Krise in ihrem Gewerbe das Geld zu diesen Reinvestitionen haben. Und man wird kaum schlagend in der Annahme, daß es aus dem Segen der Ruhrkredite stammen dürfte, die das Deutsche Reich

aus der Tasche der Steuerzahler mit solcher Großzügigkeit „zurückgezahlt“ hat. Die Not des Vaterlandes scheint also auch hier wieder das Geschäft der Schwerindustrie vergoldet oder doch zum mindesten ihre Räte fühlbar gemildert zu haben.

Ein ober-schlesisches Eisensyndikat. Die Verhandlungen zwischen den ober-schlesischen Eisenindustriellen haben zum Abschluß eines Eisensyndikats geführt. Das künftige Syndikat will in erster Linie Verkaufssyndikat sein. In dieser Eigenschaft wird es jedoch, ähnlich wie es bei der Rohtahlgemeinschaft nun seit Monaten zu beobachten ist, ohne Zweifel in der Art seiner Produktionsstarke zur Kontingentierung und Droffierung der Erzeugung greifen, um die Preise zu halten. Der Auslandsverkauf ist im Rahmen des loebten geschlossenen Syndikats keiner Regelung unterzogen worden.

Kutischer — v. d. Goltz.

Der Führer der „Vaterländischen“ vor dem Ausschuss.

Der Landtagsausschuss zur Untersuchung der Kreditaffäre beschloß am Mittwoch, die Vernehmung von Julius Barmat und Kutischer durch den Vorsitzenden allein vornehmen zu lassen und dann über die weiteren Schritte Beschluß zu fassen. Es erfolgte dann die Vernehmung des Ministerialdirektors Kauch, die nichts Wesentliches ergab, da der Zeuge nur ganz kurze Zeit im Barmat-Konzern tätig war. Die Vernehmung des Bantrats Heinze, der Vorsteher der Wertpapierabteilung der Staatsbank war, gestattete sich zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit Geheimrat Ruge und den Präsidenten Schröder und Dombois von der Staatsbank. Heinze behauptet, absichtlich von den zur Frage stehenden Geschäften ausgeschlossen worden zu sein, was von den anderen Angehörigen der Staatsbankleitung entschieden bestritten wird.

Es erfolgt dann nach einer Pause die Gegenüberstellung der Zeugen Heilmann und Dr. Hellwig zwecks Klärung des Sachverhalts bei der Sanierung von Berlin-Burg. Hellwig bestritt, jemals den Wunsch geäußert zu haben, daß Barmat das Sanierungswerk vornehmen solle. Barmat sei in die Angelegenheit auf Vorschlag des Regierungsrats Staub hineingekommen. Von der Staatsbank sei jedenfalls in keiner Weise auf Barmat oder die Amerima eingewirkt worden, die Sanierung zu übernehmen. Abg. Heilmann erklärt, ihm sei von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß die Uebernahme von Berlin-Burg die Zahlungsfähigkeit Barmats erschütterte habe, und daß die Amerima mit diesem Geschäft hineingelegt worden sei. Er könne sich nur auf die Mitteilungen von Direktor Schäffer von der Warfurbank und von Frau Barmat berufen, sachlich aber zu den Vorgängen in keiner Weise selbst Stellung nehmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung werden die von der Leitung der Staatsbank anwesenden Zeugen über interne technische Einrichtungen ihres Betriebes vernommen. Es erscheint dann General von der Goltz, der über das Empfehlungsschreiben für Kutischer vernommen werden soll. Er bestritt, irgendwelche Beziehungen zu Kutischer gehabt zu haben. Im Jahre 1919 befand er sich als kommandierender General und Gouverneur von Sibau im Baltikum, wo ihm alle Vorlagen und Anliegen durch seinen Stab übermittelt wurden. Wenn jemand mit Kutischer Verkehr gepflogen haben sollte, so könne es sich nur um einen Untergebenen gehandelt haben. Die weitere Vernehmung ergibt, daß eine Durchreiseerlaubnis für Kutischer nach Deutschland von einem Beauftragten der deutschen Gesandtschaft, einem Herrn von Horn, ausgestellt wurde, der zur Vernehmung geladen worden soll. Eine Unterschrift unter ein Empfehlungsschreiben für Kutischer will von der Goltz nicht gegeben haben.

Finanzrat Dr. Ruge erklärt demgegenüber, daß ihm und Hellwig damals ein Empfehlungsschreiben für Kutischer vorgelegt wurde, das nach seiner Erinnerung die Unterschrift des Grafen von der Goltz und dessen Vertreter trug. Die bei der Saisonanwaltschaft befindlichen Empfehlungsschreiben für Kutischer sollen eingefordert und daraufhin geprüft werden, ob sich auch ein solches des Grafen von der Goltz darunter befindet. Von der Goltz wendet sich zum Schluß noch gegen den „Vorwärts“, der ihn persönlich angegriffen habe.

Der Aufwertungsbeitrag.

Stundung bis 1938 — 1,2 bis 5 Proz. Zinsen.

Der Aufwertungsbeitrag setzte am Mittwoch die Beratung des § 5 der Vorlage fort. Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages, wonach die stufenweise Zahlung des aufgewerteten Betrages am 1. Januar 1927 beginnen soll und der Zinseszins nach Inkassofreien der Friedensmiete 8 Proz. betragen solle, führte Abg. Reil aus:

Dr. Herz habe zwar erklärt, man müsse jetzt durchhalten und dürfe keine sentimentale Gefühlspolitik treiben. Aber trotzdem gestatte er sich (der Redner), den sozialdemokratischen Antrag kurz zu begründen. Aus sozialen und politischen Gründen müsse die rasche Zurückzahlung des aufgewerteten Betrages bewirkt werden.

Aus sozialen, weil der Gläubiger vielfach in Not sei, aus politischen, weil möglichst bald Ruhe in der Aufwertungsfrage eintreten müsse. Die Rückzahlungen von je einem Viertel der Schuldlumme in Abständen von 2:2 Jahren werden sowohl dem städtischen Hausbesitz als dem ländlichen Grundbesitz und erst recht den Industrianten-Unternehmungen, die Obligationsschuldner sind, in der großen Mehrzahl der Fälle möglich sein. Für besondere Ausnahmefälle müßte eine Schonvorschrift getroffen werden. Die Hinausschiebung des Rückzahlungstermins bis zum 1. Januar 1938, wie sie die Regierungsparteien beantragen, sei mehrfach untragbar. Auch hier zeige sich wieder die einseitige Rücksichtnahme auf die Interessen des Schuldners. Der weitere sozialdemokratische Antrag, den Zinseszins für den aufgewerteten Betrag auf 8 Proz. festzustellen, gehe von der Voraussetzung aus, daß die Hauszinssteuer falle und durch eine reine Wohnungsbaubgabe ersetzt werde, daß ferner die Friedensmiete gelte, die in absehbarer Zeit wohl auch erreicht werde. Die Steigerung der Miete über die Friedenshöhe hinaus würde freilich die Sozialdemokratie mit allen Kräften bekämpfen. Innerhalb der Friedensmiete sei aber eine Verzinsung der auf ein Viertel herabgesetzten Hypotheken sehr wohl tragbar. Mit zahlenmäßigen Beispielen belegte das der Redner des näheren. Natürlich müsse auch der Schuldner Opfer bringen. Nirgendwo stehe geschrieben, daß der, der im vollen Besitz seines Nachwerts blühe, seine volle Friedensrente erreichen müsse, während der Gläubiger mit seinem Vermögen auf 25 Proz. reduziert werde und dafür seit Jahren überhaupt keine Rente bezöge.

An diese Ausführungen schloß sich eine längere Debatte, in deren Verlauf Abg. Deraburg (Dem.), Wunderlich (Dt. Sp.), Jöcissen (Wirtsh. P.) den sozialdemokratischen Antrag bekämpften. Schließlich brachte Abg. Reil noch die Frage zur Sprache, auf welchem Wege die Spartassen die rasche Rückzahlung der aus-gebliebenen Hypotheken erreichen könnten. Es müsse den Schuld-nehmern ein Anreiz für die rasche Rückzahlung gegeben werden, damit die Spartassen bald ihren Einlegern Rückzahlungen gewähren können. Die Regierung vertritt zu dieser Anregung den Standpunkt, daß Anordnungen in diesem Sinne von den Landes-regierungen erlassen werden könnten. Abg. Best und andere Redner widersprachen dem jedoch und hielten für notwendig, eine ausdrückliche Vorschrift im Reichsgesetz aufzunehmen, wonach ein Nachschuß an der Höhe des Aufwertungsbeitrages für vorzeitige Zahlungen gewährt werden könne. Die weitere Behandlung wurde zurückgestellt.

Bei der Abstimmung über die zu § 5 vorliegenden Anträge wurden alle Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. Best abgelehnt, alle Anträge der Regierungsparteien angenommen. Die Wirkung ist, daß normalerweise die Zahlung des aufgewerteten Betrages nicht vor dem 1. Januar 1932 verlangt, auf Antrag des Schuldners dieser Zeitpunkt aber bis zum 1. Januar 1938 erstreckt werden kann. Hinsichtlich des Zinseszins gehen die gefassten Beschlüsse dahin, daß der aufgewertete Betrag vom 1. Januar 1925 mit 1,2 Proz., vom 1. Juli 1925 ab mit 2,5 Proz., vom 1. Januar 1926 mit 3 Proz. und vom 1. Januar 1928 ab mit 5 Proz. verzinst wird. Die Regierungsparteien stimmten geschlossen alle Anträge, die von der Linken kamen, nieder.

Abstimmungen im Steuerausschuss.

Besteuerung nach dem Verbrauch.

Im Steuerausschuss des Reichstags wurde am Mittwoch über die Form der Besteuerung nach dem Verbrauch abgestimmt. Es wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, der es in das Ermessen der Finanzbehörde stellt, die Vergütung nach dem Verbrauch vorzunehmen, wenn ein offenkundiges Verhältnis zwischen dem versteuerten Einkommen und dem Verbrauch zu konstatieren ist. Eine Besteuerung auf den Verbrauch darf dann nicht erfolgen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß er den Verbrauch aus Vermögen bestritten hat, das bei seinem Entstehen in den letzten drei Jahren der Besteuerung nach dem Einkommensteuer-gesetz unterlegen hat. Schließlich wurde beschlossen, daß eine Besteuerung nach dem Verbrauch erst dann erfolgen darf, wenn der Verbrauch mindestens 15 000 Mark jährlich beträgt. Sodann wurde eine ganze Reihe von Ausnahmestimmungen getroffen, unter denen eine Ermäßigung oder der Erlaß der Einkommensteuer berücksichtigt werden kann, wenn das Einkommen 16 000 Reichsmark jährlich nicht übersteigt. Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrages, der zur Hebung der Steuermoral die öffentliche Bekanntgabe der Einkommen-steuerveranlagungen verlangt, vertagte sich der Ausschuss.

Richtigstellung. In dem vom B.D.J. übernommenen Bericht über die Reichstagsitzung vom Dienstag über den Haushalt der Reichswehr hieß es, daß Gen. Stüdtgen als Beichtäter gesagt hätte, seit der Nationalversammlung von Weimar sei fleißige Arbeit geleistet worden, um die Reichswehr für ihre republikanische Aufgabe zu erziehen. Gen. Stüdtgen stellt demgegenüber fest, daß er genau das Gegenteil gesagt habe, nämlich, seit den Tagen von Weimar sei nichts geschehen, um die Reichswehr zum republikanischen Gedanken zu erziehen.

KONFEKTION FÜR ALLE

UND WENN EINMAL DAS GELD NICHT REICHT, KAUFT MAN BEI



Eddor

FEDERLEICHT
BRUNNENSTR. 1
FRANKFURTER ALLEE 350
KOTTBUSER DAMM 103
CHARLBG. SCHARRENSTR. 5

AUF TEILZAHLUNG

Der Raubmörder.

Eine Lehrlingsgeschichte.
Von Hugo Sulics.
(Schluß.)

Indessen das Wohlwollen der Menschen konnte ihm nichts nützen, denn er hatte fortwährend das quälende Gefühl, sie könnten und wollten ihn nicht verstehen. Er wußte bestimmt, daß sie alle sich zuguterletzt doch so benehmen würden, wie der Oberkellner, dem er sich anvertraut hatte und der ihn verriet. Auch der Richter war gut zu ihm, sprach ihm wohlwollend zu und dennoch verurteilte er ihn, der doch nichts, aber gar nichts getan hatte, wegen verübten Raubmordes.

Da kam er ins Gefängnis. Alle behandelten ihn im Gefängnis mit lächelndem Wohlwollen. Alle hatten für ihn tröstende Worte, wie, wenn sie ihn von seiner Sünde entlasten wollten. Er aber fühlte und wußte, daß seine Seele frei war von der Sünde. Und alle die kleinen und großen Gefangenen behandelten ihn, wie einen, der eine große Tat begangen hatte. Er ahnte und fühlte um sich eine Art von Verehrung, die ihn gruseln machte. Die Verbrechernatur der anderen brachte ihm die Verehrung entgegen, die diese Unseligen dem großen Verbrecher, ihrem Helden, entgegenbringen. Und er, der sich rein wußte von der Sünde, mußte mit der letzten Kraft seiner verwundeten Seele sich gegen die Verlockung dieser ihm aufgezwungenen Verehrung wehren. Denn er fühlte, wenn er den Trost annahm von irgendeinem, wenn auch noch so entarteten Menschen verehrt zu werden, vor ihm als Held zu gelten, so war er dem Verderben verfallen. Diese Gedanken und diese Gefühle waren ja nicht klar. Wie hätte sich dieser arme, von den Menschen und Gott verlassene Junge durch all die Wirrnisse, die ihn umstürzten, allein durchbringen können?

Denn er war allein, ganz und gar allein.
Nachdem er ein Jahr im Gefängnis gefessen hatte, wurde er begnadigt. Die Gefängnisdirektion gestattete die Verkündigung zu einem kleinen Feste. Dar doch die Begnadigung eben durch sie durchgeführt worden und es freute diese braven Leute, daß es ihnen, die die Güte, teilweise auch die Unschuld des unseligen Knaben durchschaut hatten, gelungen war, seine Strafzeit zu verkürzen. Der Junge war verwirrt und verängstigt. Und dabei hatte er doch eine Art von Hochgefühl darüber, daß alle diese großen Herren sich um ihn kümmerten, sich mit ihm befaßten. Seine gehobene Stimmung dauerte aber nur ganz kurze Zeit. Denn auf einmal drängte sich ihm zwangsweise ein Gedanke auf, dessen Unrichtigkeit er zwar vernunftweise erkannte, die aber trotzdem sein ganzes Fühlen beherrschte. Es war der Oberkellner, der ihn begnadigt hatte. Der hatte endlich seine schändliche Tat erkannt und hatte nun Gewissensbisse. Das alles konnte aber dem Oberkellner nichts mehr nützen. Denn all sein Leid wandelte sich in Haß gegen diese, in seiner Phantasie übermenschlich gewordene Gestalt, die alles, was an den Menschen verächtlich war, für ihn verkörperte.

Auch die Wirklichkeit, die ihn erwartete, machte ihn ängstlich und unsicher. Er mußte zurück zur Mutter. Wie wird die ihn empfangen? Und was wird zu alledem ihr Freund, der hohe Beamte, sagen?

Es war ein trauriges Wiedersehen. Sie weinten beide. Und in den ersten Tagen machte ihm die Mutter auch keine Vorwürfe. Doch es konnte nimmermehr werden, wie es war. Die Angst des Jungen bedeutete mehr, als daß er sein Heim werde verlassen müssen. Dunkel ahnte er, daß er bedrängt von haßerfüllten Gedanken und verlockt von der Diebesprache des Verbrechens, sich mit aller Kraft an die Erinnerung des braven Vaters, an die Mutterliebe, an das Heim festklammerte. Er fühlte, wie dieser feste Haß zu schwanken begann und unter ihm weglitt.

Seine Tage wurden immer schlimmer. Er suchte und fand keine Anstellung als Lehrling. Er suchte und fand keine Arbeit. Es war wieder so, daß sich alle Menschen ihm gütig und verständnisvoll zeigten. Man versprach ihm alles, man setzte sich für ihn ein und doch bekam er keine Stelle. Und er wurde das erste Gefühl nicht los, daß es ihm wieder so erging, wie mit dem Oberkellner. Auch der hatte ihm alles Gute versprochen und tat, als ob er ihm beistehen wollte.

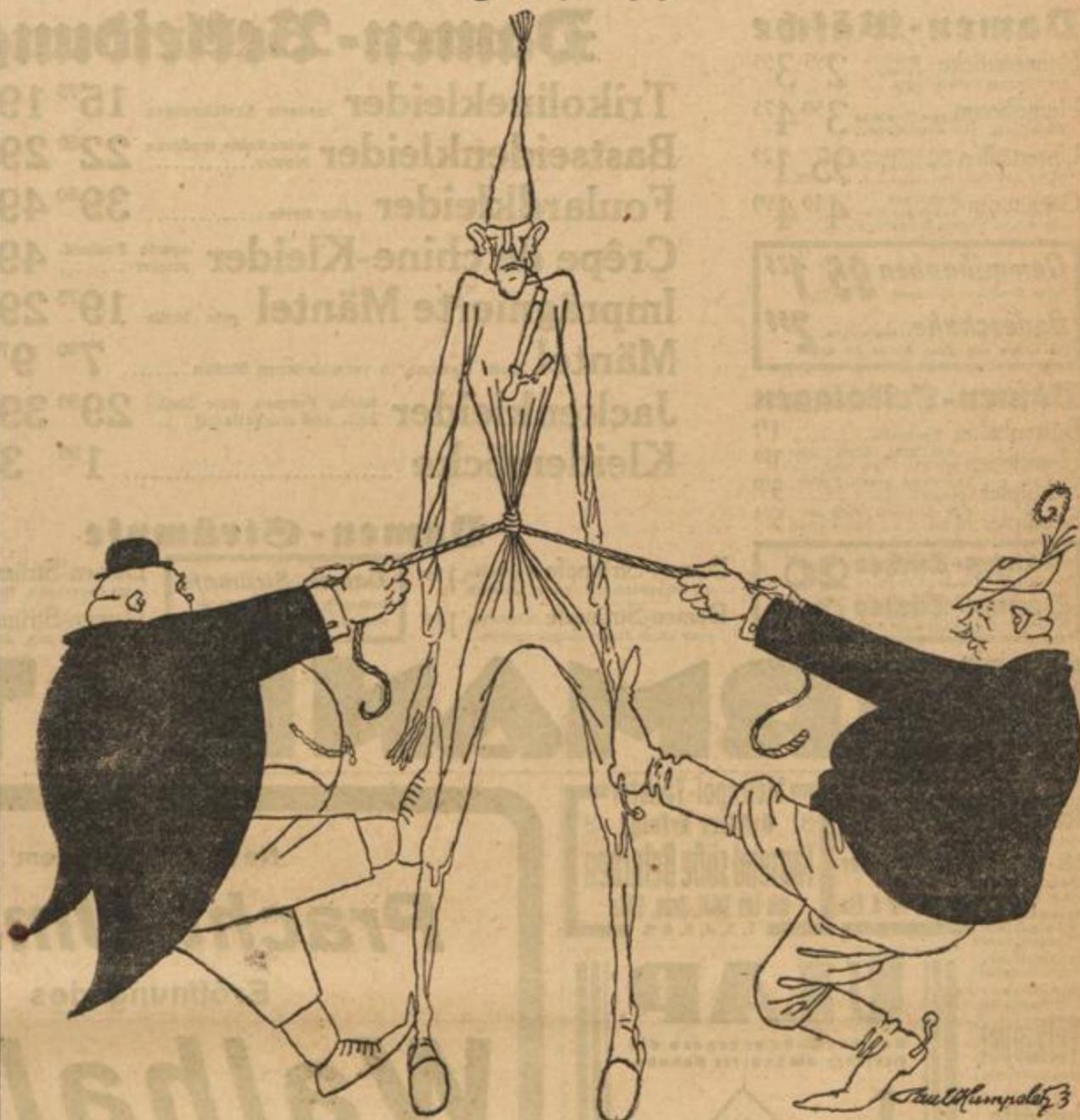
Sein Schicksal wurde unerträglich. Er hatte nichts zu tun. Zu Hause duldete es ihn nicht. Er fühlte, wußte, wie schwer er der Mutter zur Last fiel. Die konnte sich von Tag zu Tag weniger beherrschen. Er faste, dann immer öfter kamen bittere Worte. Und auch er wurde äußerst reizbar und antwortete aufbrausend und grob. Es kam zu den unerträglichsten Ausbrüchen zwischen ihnen. Zuletzt fühlte er in jedem unschuldigen Worte der Mutter eine Anspielung und konnte stundenlang toben und rasen. Es kam noch schlimmer. Der Freund der Mutter, der hohe Beamte, verließ sie mit der Ausrede, der Junge stehe ihm im Wege und sei ihm unerträglich.

Er war fortwährend auf der Straße. Und die Straßen der Hauptstadt redeten zu ihm. Er sah, wie alle Menschen in die Arbeit gingen, von der Arbeit kamen und waren sie auch am Abend von der Arbeit schmutzig und müde, so hatten sie doch die Sicherheit, leben zu können und dürfen. Nur seine Arbeitsfreudigkeit wurde verworfen und ermüdet. Er sah die Menschen, wie sie in Freundschaft und Liebe miteinander gingen und sich ihres Lebens freuten. Nur er war allein, verlassen und verstoßen. Er sah die Sünde durch die Straßen schleichen und ihre zitternde Hand gierig nach dem Ueberfluß des Lebens ausstrecken. Und mit verhaltener Wut sagte er sich, daß die Menschen ihn unter die Verworfenen gereiht hatten, trotzdem er sich ohne Schuld fühlte. Und er sah hellerleuchtete Schaufenster, gefüllt mit aller Herrlichkeit der Welt und sah finstere Gassen mit dem Elend, daß sich an die Wand drückt. Er sah Krankenbänke, wo die Siechen in der Sonne spazieren gingen und sich der Genuß freuten und am anderen Tore sah er in langer Reihe die schwarzen Särge durch die trauernde Menge geleitet. Er stand oft auf der Brücke, die über das schmutzige Wasser des Flusses führte und sah den Zulauf der Menschen, wenn ein Selbstmörder aus dem Wasser gefischt wurde. Er sah Tausende von Menschen versammelt, die erbitterte Worte brüllten und er sah, wie berittene Polizei in die verströmte Menge sprenge.

Und all dies sah er allein, verdrossen, vergämt, verbittert und hatte immer weniger Verständnis dafür. Er hatte nie Geld, er konnte an nichts teilnehmen, er war verstoßen und mußte verderben.

Monate vergingen, es verging ein Jahr, da kam es, wie es kommen mußte. Eines Tages traf er Hans, der aus dem Gefängnis entlassen worden war. Er hatte Angst vor ihm gehabt. Er wußte, daß Hans gegen ihn erbittert sein müsse, hatte er ihn doch bei der Tat im Stiche gelassen und was noch schlimmer war, er hatte dem Hans das Zeugnis bei der Untersuchung durch seine grenzenlose

Die Zollstrippe.



So ruck! Einmal geht's noch.

Aufrichtigkeit unmöglich gemacht. Er hatte oft daran gedacht, wie es bei einem Wiedersehen sein würde. Er hatte diese Begegnung in seiner Phantasie oft erlebt. Und es kam jetzt ganz anders. Hans kam ihm freudestrahlend entgegen, umarmte und küßte ihn und war von einer ausgelassenen Fröhlichkeit. Natürlich gingen sie miteinander, wie einst durch den Wald, jetzt durch Straßen und Gassen. Der Junge mußte erzählen, was mit ihm geschehen. Jetzt verschwieg er nichts mehr, er sprach nicht mehr vom Vater, jetzt konnte er schon erzählen von der Mutter und ihrem Freund, dem hohen Beamten. Er war sogar unempfindlich dagegen, daß der Freund seine Mutter mit einem Schimpfwort nannte und war nicht empört, als Hans unbändig über den hohen Beamten spottete und lachen konnte.

Der Hans hatte Geld. Er führte ihn gegen Abend in ein Kaffeehaus, weit draußen am Gürtel. Der Junge hatte seit langer Zeit das erste Mal das Gefühl der Geborgenheit. Anfangs wurden sie gar nicht beachtet. Aber der Kamerad stand öfter auf, ging zu einigen Gruppen von auffallend gutgekleideten jungen Männern, in deren Gesellschaft sich hübsche freche Dirnen befanden. Dann merkte er, wie sich Aller Augen bewundernd nach ihm wandten. Er hörte, wie Gespräche flüsternd geführt wurden, sein Name genannt wurde. Er hörte Worte der Diebesprache, von der er ja während seiner Gefangenschaft vieles erlernt hatte. Er erriet, daß Hans den anderen erzählte, warum sie beide gefangen waren. Er verstand, daß die bewundernden Blicke seiner Tat galten, von der er wußte, daß er sie ja nie begangen hatte, auch nie hätte begehen können, aber von der die anderen glaubten, daß sie ihm nicht gelungen war. Hier war er ein Held. Und da er so lange nichts, noch weniger als nichts in der Welt bedeutet hatte, so nahm er jetzt diese falsche, vertögene und traurige Legende seines Heldentums an.

Hans hatte Wein bestellt. Ein Mädchen setzte sich neben ihn und schmeigelte sich schmeichelnd an ihn. Sein junges Blut wallte auf; er trank in großen Zügen, ließ sich umarmen und küßte, küßte das erste Mal in seinem Leben.

Und als sie betrunken in weinsüßlicher Laune das Kaffeehaus verließen, da öffnete ihnen der Oberkellner die Tür und verbeugte sich tief.

Der Junge lachte, lachte wild und unbändig, daß ihm die dicken Tränen über die Wangen rollten.

Er kam nie zu seiner Mutter zurück.

Vögel, die bei 60 Grad Kälte brüten! Unter 77 Grad jählicher Breite hat man Vögel brütend angetroffen, als tags 51 Grad und nachts sogar 60,5 Grad Celsius Kälte herrschte. Es waren Kaiserpinguine, die allein in jener unwirtlichen Gegend aushalten, wenn alles andere Gekier in wärmere Breiten geflohen ist. Beim Brutgeschäft haben sie unter einer Eisklippe, die vor den ärgsten Stürmen etwas Schutz gewährt. Material zum Nestbau ist nicht vorhanden, daher halten sie die Eier in einer Bauschale zwischen dem Anlag ihrer Beine. Nur auf diese Weise ist es möglich, den Eiern die Wärme zuzuführen, welche für die Entwicklung der Jungen darin erforderlich ist.

Von der Wichtigkeit der Normung.

Seit einiger Zeit erscheinen in der Tagespresse häufig Artikel über Normung; mögen sich diese nun für die Normungsbewegung einsetzen oder davor warnen, jedenfalls sind sie ein Beweis dafür, daß die Öffentlichkeit ein wachsendes Interesse für diese Angelegenheit zeigt.

Daß wir die erste beste Schreibfeder in jedem beliebigen Halter verwenden können, ist die Folge davon, daß alle Federn in der Form ihrer stumpfen Enden fast genau übereinstimmen. Wären diese nicht einheitlich gestaltet, so müßte man womöglich für jede Federorte einen besonderen Halter kaufen; so aber kann man die Federn anstandslos auswechseln. Wie angenehm wäre es z. B., wenn man einen gebrochenen oder verlorengegangenen Fahrradteil in gleicher Weise im nächstliegenden Geschäft erhalten und ohne weiteres ersetzen könnte! Davon ist man aber heute noch weit entfernt; es sind die Schraubendurchmesser, die Gewinde, die Stelungen verschieden und man kann oft lange suchen, bis man den passenden Ersatzteil gefunden hat. Sind diese Unmöglichkeiten technisch begründet? Keineswegs! Oder bestehen diese Unterschiede aus Schönheitsrückichten? Ich glaube kaum, daß es vielen Leuten auffallen würde, wenn es morgen, sagen wir, nur drei verschiedene Modelle von Fahrrädern geben würde, deren Räder und Felgen alle die gleichen Abmessungen hätten; eine solche Vereinheitlichung würde durch die erzielbaren Ersparnisse bei Massenherstellung nicht nur den Preis gewaltig herabsetzen, sondern außerdem den Vorteil bringen, daß jede Fahrradhandlung die wenigen genormten Teile unter Anwendung eines geringen Anlagekapitals vorrätig halten und in Bedarfsfällen rasch ersetzen könnte. Ebenso könnte ein in Massen hergestelltes billiges Einheitskaffee durch verschiedenartige Gestaltung des Rührers, des Aufbaues und des Anstrichs sehr verschiedener Ansehen erlangen.

Und schließlich frage ich: was zieht man vor, auf ein Automobil oder Motorrad verzichten zu müssen, weil es zu teuer ist, oder sich ein billiges Einheitsauto kaufen zu können, selbst auf die Gefahr hin, daß Müller und Schülze ein gleiches hat?

Die Normung ist überhaupt erst eine Folge der Erkenntnis, daß durch Massenherstellung die Fabrikationskosten ganz beträchtlich herabgesetzt werden. Die Industrie muß es als ihre Pflicht ansehen, durch Verbilligung ihrer Erzeugnisse die Lebensbedingungen zu erleichtern; sie wird dabei nicht zu Schaden kommen. Ford hat durch Normung, Typisierung und Spezialisierung das billigste Erzeugnis seiner Art geschaffen und ist bekanntlich kein armer Mann dabei geblieben.

Die Maschine ist heute die Mutter aller Dinge. Hat man sich einmal überlegt, wieviel Maschinen in Bewegung gesetzt werden müssen, bis aus dem Holz im Wald allein das Papier dieser Zeitung entstand oder bis die brasilianische Kaffeebohne zu dem Getränk wurde, das man morgens zu sich nimmt? Die Verbilligung der Maschinen, erreichbar durch die Normung, Typisierung und Spezialisierung, bedeutet somit die Hebung unserer gesamten Lebenshaltung; ein Ziel, das wohl wert ist, sich über die Wichtigkeit und die Folge dieser drei Forderungen zeitgemäßer Fabrikation klar zu werden. Bg.

GROSSER

PFINGST-VERKAUF

Damen-Wäsche

Prinzessröcke moderne Formen, verschiedene Garnierungen... 2 95 3 95
 Hemdhosen amerikanische Windform, reich ausgestaltet... 3 50 4 75
 Untertaillen mit Hohlsaum oder Gürtelrolle, reiche Ausführungen... 95 Pf. 1 25
 Garnituren Hemd und Schürzenkleid, mit schönen Stickereien... 4 50 4 90

Gammihauben 95 Pf. 1 25
 feine Formen, in Naturgarn
Badeschuhe 2 50
 neue Form, aus Leinen oder Seide, Größe 36-42

Damen-Trikotagen

Büstenhalter Kunstseide... 1 45
 Hemdchen weicht Mako, weim, feingewirkt, 70 cm lang... 1 65
 Schlüpfer Kunstseide, grosse Farbauswahl... 3 90
 Schlüpfer Vor milanoise, viele mod. Farben... Größe 42-46... 5 75

Damen-Tücher 20 Pf.
 weisse, feine, Hohlspinn, 20 x 25 cm
Damen-Tücher 25 Pf.
 in Leinwand u. gestreift, 20 x 25 cm

Damen-Bekleidung

Trikolinekleider neueste Ausführungen 15 75 19 75 25 50
 Bastseidenkleider reine Seide, moderne Muster... 22 50 29 50 39 50
 Foulardkleider reine Seide... 39 50 49 50 59 00
 Crêpe de chine-Kleider aparte Foulardmuster... 49 50 59 00
 Imprägnierte Mäntel gute Stoffe 19 75 29 50 39 50
 Mäntel flotte Fassons, in verschiedenen Stoffen... 7 90 9 75 19 75
 Jackenkleider fesche Formen, gute Stoffe, hell- und dunkelfarbig... 29 50 39 50 49 50
 Kleider Röcke... 1 90 3 90 5 90

Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe Kunstseide, mit Doppelsehle u. Hochferse, fehlerfrei... 1 75
Damen-Strümpfe 95 Pf.
 Seidengriff, mit Doppelsehle und Hochferse...
 Damen-Strümpfe Kunstseide, mit Doppelsehle, Hochferse und Naht... 1 95
 Damen-Strümpfe prima Kunstseide, mit Doppelsehle, Hochferse und Naht... 2 95

Damen-Blusen

Hemdbluse aus gutem Panama, mit Taschen, in guter Verarbeitung... 4 50
 Hemdbluse aus gutem Opal, mit Saumchen reich garniert... 6 50
 Bluse aus gutem Vollvolle, mit Babukragen und Jabot in guter Verarbeitung... 7 50
 Bluse aus gutem Vollvolle, mit breitem Kragen, Hohlsaum und Handstickerei, elegant ausgeführt... 9 75

Hemdbluse aus gutem Zephir, mit Taschen, in schönen Streifen... 3 75
Kasak aus gestr. Batist, in vielen Farben... ca. 70 cm lang... 3 90

Damen-Handschuhe

Leinen imitiert, farbig und weiss... 95 Pf.
 Leinen imitiert, zweifarbig, Seidenaufnäht, moderne Farben, 2 Druckknöpfe... 1 25
 Leinen imitiert, ohne Aufnäht, gute Qual., moderne Strassenfarben, 2 Druckkn. 1 45
 Leinen imit., Spezialqual. Hertie, farbig, weiss u. schwarz, 2 Druckknöpfe... 1 65

Kinder-Tücher 75 Pf.
 bunt kariert... 1/2 Duzd.
Kinder-Tücher 95 Pf.
 Batist, farb. Kordelkante, 1/2 Duzd.

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: La Traviata
 Opernhaus
 am Königplatz
 7 Uhr: Evangelium
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Rhein, Rebell
 Schiller-Theater
 7 1/2 Uhr: Napoleon
Gr. Volksoper
 im Theat. d. Westens
 7 1/2 Uhr:
Rigoletto
 Volksbühne
 7 Uhr: HAMLET
 Deutsch-Theater
 8 Uhr:
 Zum letzten Male:
 Der Revisor
 Kammeroper
 8 Uhr:
 Zum letzten Male:
 Die Wollust der Anständigkeit
 Die Komödie
 Verlobung 100/101
 8 Uhr:
 Liebesrommel
 Theater d. Königin
 8 Uhr: Franziska
 Komödienhaus
 8 Uhr: Das silberne Kanfchen
 Berliner Theater
 7 45 Uhr:
 Annetiene v. Dessau

Metropol-Theater

Größter Erfolg!
 Tausend süße Beirichen
 mit Lea Seldi, Arno, Sikia
 2, 3, 4, 5, 6 M.

ULAP
 Der Verbindungspark der Berliner am Lehrter Bahnhof
 I. a. u. reitet. I. a. u. mit:
 Gr. Gartenräd-Konzert
 45 Mann Kapelle
 Alle Attraktionen
 Nachmittags:
15 Kapellen
 Nie gesehene Sensationen
 in ununterbrochener Folge!
 Eintritt nur 50 Pf.
 Ihre
 Pfingstfreude
 Täglich das Riesen-Weltstadtprogramm

**JAHRESSCHAU
 DRESDEN 1925
 WOHNUNG
 SIEDLUNG**

Circus Busch
 Parol. Pfingsten
 Sonntag und Montag
 2 x 3 + 7 1/2 U.
 Nachm. halbe Pr.
**Husch, husch
 zu Busch!**
 Der beste u. billigste
 Pfingstausflug!
 Inhalt der Fahrt: 1. Best.
 Film (St.) Film (St.)
MAI BIS SEPTEMBER

Nach vollständigem
Pracht-Umbau
 Eröffnung des
Walhallagarten
 am Rosenthaler Tor
Pfingstsonntag, 31. Mai
Der schönste Garten Berlins!
Herrliche Terrassen - Anlagen!
Vergnügungs-Park! / Belustigungen aller Art!
 An beiden Pfingsttagen ab 6 Uhr früh
Früh-Konzert
 Täglich ab 4 Uhr: Grosses Konzert
Künstlerkapelle Gustav Gottschalk
 Eintritt wochentags frei! Eintritt wochentags frei!

Lessing-Theater

Tägl. 8 Uhr:
**Leopoldine
 Konstantin** in
Demimonde
 v. Alexander Dumas

Trianon-Th.

Täglich 8 Uhr:
Yoshiwara
**Das Haus
 des Lasiers**

Kleines Th.

Tägl. 8 Uhr:
 Die
Großfürstin
 und der
Zimmerkellner

WALHALLA- THEATER

Weinbergsweg,
 Rosenthaler Tor.
 Täglich 7 1/2 Uhr
**Ensemble-
 Gastspiel**
 des
**Metropol-
 Theaters**
 Der große Schlager
**Gräfin
 Mariza**
 Original-
 Besetzung u.
 Ausstattung
 Preise:
 0.75-4.50 M.

Herrnfeld

W. Theater 8 1/2
 im Intimen Theater
Honkurrenz!
 Wetterst! Zum 1580. Male:
Klabrias-Partie
Casino-Theater
 Lohreiter Str. 17 Tägl. 8 Uhr
 Stam- und halbes Stimmens
**Mädels vom
 Kurfürstendamm**
 die neue lustige Komödie.
 Vorher das
 Mal-Programm!
 Theater a. Kolb. ter
 (Tägl. 8 Uhr):
**Elie-
 sänger**
 Das große
 Mai-
 Programm.

Komische Oper

8 U. Dir. James Klein 8 U.
 Berlins einzigste
 und erfolgreichste
 Revue:
 Das hat die Welt
 noch nicht geseh'n
 Sommerpreise!

Rennen zu Grunewald

Donnerstag, d. 28. Mai
 nachmittags 3 Uhr

Lüna-Party
 Jeden
 Freitag
 8 bis 12
 Uhr
 im
 Schützen
 Park
 mit
 Schieß-
 Wettkämpfen
 und
 Musik
 von
 der
 Kapelle
 des
 1. Bataillon
 des
 Infanterie-
 Regiments
 Nr. 10

Reichshallen-Theater
 8 Uhr und an beiden Pfingstfesttagen
 nachm. 3 Uhr:
Steinler Sänger
 „Das Deutsche Meer“
 Nachm. halbe Preise, vol-
 les Abendprogramm!
Dönhoff-Brett!
 Saal und Garten
 Wundervolles Pfingstprogramm

WINTERGARTEN
 Der glänz. Mai-Spielplan (Saal und Garten)
Berliner Ulk-Trio
 Neukölln, Labstr. 74/76 I.